

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badisches Volksecho. 1946-1950 1949

3 (20.1.1949)

BADISCHES VOLKSECHO

WOCHENBLATT DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS / LANDESBEZIRK BADEN

Jahrgang 3 / Nr. 3

Mannheim, 20. Januar 1949

Preis 15 Pfg.

Geldgeber und Generaldirektor

Die Schleier über dem Ruhrgebiet etwas gelüftet

Es ist demontiert worden, daß eine Holding-Gesellschaft für die Ruhrindustrie gegründet worden ist. Mindestens, so hieß es, seien die Meldungen verfrüht. General Clay hat ein bedeutendes Dementi zum ersten Dementi gegeben. Bei der Erörterung haben wir trotzdem einiges erfahren. 750 Millionen Dollar, ist erwogen worden, sollen in das Ruhrgebiet fließen. Es gab Fachleute, die dabei Bedenken hatten, daß diese nicht reichen, um die aus diesem Anlaß genannte Ziffer von 19 Millionen t Stahl der Ruhrproduktion zu erreichen. Die Überforderung des Ruhrgebietes sollte danach noch einige hunderte Millionen Dollar mehr betragen. Wie gesagt, es ist allerdings alles demontiert worden. Wir selber sind mißtrauisch. Wir erinnern uns, daß vor wenigen Tagen in der „Neuen Zeitung“ zu lesen war: „Es gibt sowohl in Paris wie in London manche Politiker, die glauben, daß die Westunion nur ein Deckmantel sein könnte, um den europäischen Kontinent in die Abhängigkeit der USA zu drängen. Ja, sie wollen sogar die Aspekte eines amerikanisch-deutschen Finanzkondominats über den westlichen Kontinent erkennen. Dabei sollten dann die USA die Rolle des Geldgebers und Deutschland die Rolle des Generaldirektors übernehmen. So drang das Wort von der Gefahr einer „Germanisierung des Marshallplanes“ bis in die Washingtoner Kreise.“

Wir bekennen, daß wir auch zu den Politikern gehören, die diese Gefahr sehen und auch jene, die in der Konsequenz des Marshallplanes liegt. Dementi hin, Dementi her! Auf irgendeinem Wege wird das versucht und durchgeführt, was so manche Politiker in Paris und London glauben und uns als Gewißheit erscheint.

Betretenes Schweigen

Neue Millionen für die Kohlenbarone
Gegen die Stimmen der KPD nahm der Wirtschaftsrat am 7. Januar eine von der Militärgesellschaft angeordnete Subvention von 34 Millionen für den Kohlenbergbau an. Wir veröffentlichen nachstehend eine Schilderung der Szene durch die bürgerliche „Wirtschaftszeitung“, die gezwungen ist, die sachliche, logische Haltung des Sprechers der KPD anzuerkennen, und die andererseits zeigt, wie die bürgerlichen Parteien und die SPD nur noch eine Tätigkeit ausüben: mit dem Kopf zu nicken und Ja zu sagen.

„Die Szene ist der Wirtschaftsrat. Das Thema die von der Militärgesellschaft befohlene Subvention für den Kohlenbergbau in Höhe von 22 Millionen DM. Die Rede des gemeinsamen Berichterstatters der drei Untersuchungskommissionen ist gerade verlogen. Sie hatte nochmals dargelegt, daß ein Zuschuß für notwendig gehalten werde wenn es sich auch nicht um einen akuten Notstand handle. Immerhin werden 2,6 Millionen DM monatlich als Unterstützung für erforderlich gehalten. Die dann folgende kommunistische Stellungnahme findet eine ungewöhnlich ruhige Zuhörerschaft, für den Wirtschaftsrat ein seltenes Schauspiel: ernste, vernünftige Worte über die finanzielle Lage der Steinkohlenindustrie... Die gewaltam angefügten Sätze einer Sozialdemokraten, die Subvention werde ganz klar vom Ruhrstatut getrennt, darin könne er das Einverständnis des Hauses wohl voraussetzen, vermochten den Eindruck seines Vorredners nicht zu verwischen. — Betretenes Schweigen. — Die Annahme des Antrages auf Subventionierung des Kohlenbergbaues, so wie sie die Militärgesellschaft befohlen hatte, führte jäh in die Wirklichkeit zurück.“

Wirtschaftszeitung, Stuttgart, 12. 1. 1949.

Erneut Aufstände in Burma

An der Südküste von Burma, im Gebiet von Moulmein und auf der Insel Bilugyun ist es zu neuen Aufständen gegen die englisch-burmesische Regierung gekommen. Die Hauptstadt von Burma Changzon wurde von den burmesischen Freiheitskämpfern eingenommen.

Massaker in Durban

Durban in Südafrika erlebte ein Pogrom fürchterlichen Ausmaßes gegen seinen indischen Bevölkerungsteil. Hunderte von Indiern wurden getötet, tausende verletzt. Sie wurden massakriert, verbrannt und gesteinigt. Die Rassenpolitik Dr. Marlands, des Präsidenten der Südafrikanischen Union, die sich in nichts von der des Nationalsozialismus unterscheidet, wenn auch das Objekt keine Juden sind, hat ihre Früchte gezeitigt. Der frühere Ministerpräsident Smuts gab einen Kommentar zu den Ereignissen in Durban, der dies zum Ausdruck brachte.

Griechenland, ein zweites China

In gleichem Umfange wiederholt sich in dem kleineren Griechenland, was wir in China erlebten. Wieder eine Regierungskrise und dazu noch eine Hiobsbotschaft für die Freunde der ausgehaltenen Monarchofaschisten Griechenlands. UP meldet: „Aufständische des General Markos fügten den Re-

Britische Militärregierung klagt Max Reimann an

KPD-Vorstand stellt Fälschung der Düsseldorfer Rede Max Reimanns fest

Am Donnerstag, den 13. 1. 1949 stellte Mr. Pollock, der stellvertretende Generalinspektor der Britischen Militärregierung, Düsseldorf, dem Vorsitzenden der Kommunistischen Partei Deutschlands und Abgeordneten des Wirtschaftsrates und des Parlamentarischen Rates Max Reimann eine Vorladung des Gerichts der Kontrollkommission für Dienstag, den 18. 1. persönlich zu. Die in dieser Vorladung erhobene Beschuldigung lautet wie folgt:

Max Reimann: Niemand kann deutsche Politiker aus ihrer Verantwortung entlassen

Nach Erhalt der Anklageschrift durch die britische Militärregierung gab der Vorsitzende der Kommunistischen Partei Deutschlands, Abgeordneter Max Reimann, unserem in Bonn anwesenden Sonderkorrespondenten auf seine Fragen zu dem Inhalt der Anklage folgende Erklärung ab:

Frage: Herr Abgeordneter Reimann, die Öffentlichkeit erwartet von Ihnen eine Äußerung zu der Anklage des Militärgerichts, die Ihnen heute durch Oberst Pollock, dem stellvertretenden Generalinspektor der britischen Militärregierung in Düsseldorf, Abteilung öffentliche Sicherheit, überreicht wurde.

Antwort: Das Erstaunliche bei dieser Anklage ist, daß die britische Militärregierung hierin die politische Tätigkeit gewisser Deutscher als ihr oder den alliierten Mächten geleistete Hilfe anspricht. Das ist erstmalig. Bisher haben diese deutschen Politiker dem deutschen Volk immer wieder gesagt, daß sie im Auftrag und im Interesse des deutschen Volkes arbeiten. Diese Anklageerhebung der Militärregierung gegen uns gegen diese deutschen Politiker für alle Zeit unmöglich, ihre bisherige Behauptung aufrecht zu erhalten. Sie bestätigen unsere gegen diese deutschen Politiker erhobenen Beschuldigungen, daß ihre politische Arbeit der Militärregierung hilft, d. h. daß ihre politische Tätigkeit die Militärregierung in der Durchsetzung ihrer politischen Ziele in Westdeutschland unterstützt.

Frage: Warum erhebt die britische Militärregierung diese Anklage gegen Sie?

Antwort: Ich werde angeklagt, weil ich und meine Partei deutsche politische

„Sie werden beschuldigt, entgegen Artikel 1, Absatz 1a der Verordnung Nr. 8 eine Diskriminierung von Personen gefördert zu haben, die der Militärregierung oder den alliierten Mächten Hilfe geleistet haben oder noch leisten können. Sie haben am oder ungefähr am 2. 1. 1949 bei einer öffentlichen Versammlung in der Rheinhalle in Düsseldorf eine Feststellung folgender oder ähnlichen Wortlautes getroffen: „Diejenigen Politiker, die bereit sind, am Ruhrstatut mitzuarbeiten,

Niemand kann deutsche Politiker aus ihrer Verantwortung entlassen

Persönlichkeiten auf die Folgen ihrer Politik dem deutschen Volke gegenüber aufmerksam gemacht haben. Dies habe ich anfänglich des Ruhrstatuts getan. Das Ruhrstatut ist ein Teil der Londoner Empfehlungen und die wirtschaftliche Grundlage zum Besatzungsstatut. Dieses Besatzungsstatut wird die Souveränität des deutschen Volkes auf unabsehbare Zeit aufheben. Durch dieses Besatzungsstatut soll ein Friedensvertrag verhindert werden, auch die Einheit Deutschlands. Durch dieses Besatzungsstatut soll die Besetzung Deutschlands verweigert werden. Durch dieses Besatzungsstatut soll dieser westdeutsche Staat in das westeuropäische Militärbündnisystem einbezogen werden.

Frage: Glauben Sie, daß dieses Vorgehen der britischen Militärregierung die deutschen Politiker schützen kann vor der Verantwortung, die sie dem deutschen Volk gegenüber tragen, und daß das deutsche Volk sie aus dieser Verantwortung entlassen kann?

Antwort: Das kann und wird niemals sein, denn diese Politiker haben sich nicht für ihr Tun die Aktivlegitimation durch das deutsche Volk geben lassen. Sie wollen im Auftrag der Militärregierung vollendete Tatsachen schaffen. Das deutsche Volk aber will in seiner überwältigenden Mehrheit die Einheit Deutschlands. Es lehnt diesen westdeutschen Staat ab. Das deutsche Volk will eine gesamtdeutsche Regierung, einen Friedensvertrag und den Abzug aller Besatzungstruppen. Es kann infolgedessen Politiker, die seinem klaren Willen entgegenhandeln, nicht aus der Verantwortung entlassen.

brauchen sich nicht zu wundern, wenn sie vom deutschen Volke als Quislinge angesehen werden. Die Zeit wird kommen, wo sie mit Vergeltung (oder Repressalien) zu rechnen haben.“

Hierzu teilt die Pressestelle des Parteivorstandes der KPD mit: Die in der Anklage der britischen Militärregierung zitierten Sätze entsprechen nicht dem Wortlaut der Rede Max Reimanns, sondern einem gefälschten, verlogenen Bericht in dem Hamburger Blatt „Die Welt“ vom 4. Januar 1949. 8000 Menschen waren Zeuge dessen, was Max Reimann in der Rheinhalle in Düsseldorf gesagt hat, und diese 8000 können die Verlogenheit des Berichtes der „Welt“ bezeugen. Zudem hat Max Reimann seine Wort für Wort schriftlich niedergelegten Ausführungen bereits am 31. Dezember 1948 in Frankfurt gemacht. Die betreffende Stelle in seiner Rede wurde am Abend desselben Tages von der Nachrichtenagentur Dena, sowie vom Radio Frankfurt in der „Rundschau aus dem Hessenlande“ um 19.45 Uhr wie folgt zitiert:

„Ich erkläre hier ganz offen. Derjenige deutsche Politiker, der unter dem Ruhrstatut an der Bildung einer westdeutschen Regierung mitwirkt und dadurch mithilft, über Westdeutschland ein Kolonialregime auszuüben, darf sich nicht wundern, wenn er vom deutschen Volk als Quisling betrachtet wird.“

Die Anklage gegen Max Reimann ist eine Anklage gegen die Kommunistische Partei, weil sie sich unermüdet für die deutsche Einheit und die Lebensrechte des werktätigen Volkes einsetzt, und weil sie einen kompromißlosen Kampf gegen das Ruhrstatut führt, das die Herrschaft über das Herz Deutschlands dem amerikanischen und deutschen Finanzkapital ausliefert. Die Anklage gegen Max Reimann ist eine Anklage gegen die einzige Partei in den Westzonen, die die Interessen des Friedens und des arbeitenden Volkes über die Macht- und Profitgelüste einer dünnen Schicht internationaler Finanzmagnaten stellt.

Vertragung der Verhandlung

Die Verhandlung gegen den Vorsitzenden der KPD in den Westzonen, Max Reimann, vor dem englischen Militärgericht ist auf den 27. Januar vertragen worden.

Tschiang Kai-Schek vor bedingungsloser Kapitulation

Nordchina völlig in der Hand der Kommunisten — Die Friedensbedingungen Mao Tse Tun's

Im Norden Chinas ist Tientsin mit seinem Hafen gefallen. Auch Peking ist für Tschiang Kai-Schek verloren. Der Stadtrat von Peking ersuchte um einen Waffenstillstand. Eine Volksregierung für Peking ist, wie der kommunistische Rundfunk Nordchinas verkündet, bereits gebildet.

Nördlich Nanking fließt Pengpu in die Hand der kommunistisch-demokratischen Befreiungsarmee. Die Bedrohung Nankings ist unmittelbar, ebenso die der Handelsmetropole Hankau.

Der chinesische Kommunistenführer Mao Tse Tun hat der Nationalregierung ultimative Friedensforderungen überreicht. Die Nationalregierung Tschiang Kai-Scheks muß nach ihnen bedingungslos kapitulieren. Nach dem vergeblichen Versuch, die Westmächte und auch die Sowjetunion zur Friedensvermittlung einzuspannen, ist man nunmehr bereit, im Lager der Kuomintang die Friedensbedingungen des Kommunistenführers Mao Tse Tun anzunehmen. Der zentrale politische Ausschuss der Kuomintang hat sich für eine Beantwortung der Friedensbedingungen ausgesprochen. Tschiang Kai-Scheks Ministerpräsident Sun Fo hat im national-chinesischen Kabinett einen Vorschlag unterbreitet, um einen sofortigen Waffenstillstand nach vor Zusammenritt einer Friedenskonferenz zu bitten. Der nordchinesische Oberbefehlshaber der na-

tionalchinesischen Truppen hat mit dem kommunistischen General Lin Pi Ao ein Uebereinkommen für die Uebergabe Pekings und einen separaten Friedensvertrag in Nordchina getroffen.

Die acht Vorbedingungen für den Frieden Mao Tse Tun's sind: Bestrafung der Kriegsverbrecher, Aufhebung der Verfassung von 1947, Abdankung der Kuomintangpartei, Bildung einer Nationalarmee auf demokratischer Grundlage, Beschlagnahme des Großkapitals, Bodenreform, Annullierung aller Verträge, die den Ausverkauf Chinas an ausländische Mächte zum Ziele hätten, Einberufung einer Konferenz ohne Vertreter der Reaktion und Bildung einer demokratischen Regierung.

Die Friedensverhandlungen Mao Tse Tun's wurden von ihm mit einer eingehenden Darstellung der Situation erörtert. „Die Lage sei klar: es genügen nur noch einige Schläge der kommunistisch-demokratischen Armeen, um die Kuomintang zum Einsturz zu bringen.“

Warum die Sowjets Vermittlung ablehnten

Die Sowjetunion begründete in einer der Nationalregierung Chinas überreichten Note ihre Ablehnung, im chinesischen Bürgerkrieg zu vermitteln. Es heißt in der Note, daß die Uebnahme einer derartigen Verpflichtung mit dem von der Sowjetunion vertretenen Prinzip der Nichteinmischung in die Angelegenheiten anderer Staaten nicht vereinbar sei.

China, ein diplomatisches Problem

Die Diplomatie des Westens erörtert etwas erschreckt die Konsequenzen, die eine völlige Beherrschung Chinas durch die Kommunisten sich für die Vereinten Nationen ergeben werden. Neben die Sowjetunion käme im Sicherheitsrat eine zweite kommunistische Macht, die über einen ständigen Sitz mit Vetorecht verfügen würde. Die Verteilung wäre in Zukunft also zwei zu drei. Ein kommunistisch-demokratisches China aber nicht anzuerkennen, beschwört die Gefahr des Endes der UN herauf.

Deine Rede soll sein: Ja, ja! Nein, nein!

Nein SPÖ Ja

„Das Ruhrstatut übertreift die schlimmsten Befürchtungen, obwohl die vorbereitende Stimmungsmache in der ganzen Welt schon einiges erwarten ließ... Die Sozialdemokratische Partei erklärt sich mit diesem Dokument nicht einverstanden.“

(Aus der Erklärung des SPD-Parteivorstandes lt. SPD-Pressedienst, Hannover, 29. 12. 1948.)

(Peter von Zahn im Nordwestdeutschen Rundfunk am 7. 1. 1949 — 18.45 Uhr.)

Nein CDU Ja

„Wenn nicht entschlossen mit dem bisherigen System gebrochen wird, sehe ich mit Sicherheit den Zeitpunkt herankommen, an dem den Deutschen nichts anderes übrig bleibt, als durch Verweigerung der Mitarbeit wenigstens ihre Ehre vor der Nachwelt zu retten.“

(Dr. Adenauer lt. „Die Welt“ vom 10. 6. 1948)

(Nordwestdeutscher Rundfunk 7. 1. 1949 — 18.45 Uhr.)

Nein KPD Und nochmals: Nein

„Derjenige deutsche Politiker, der unter dem Ruhrstatut an der Bildung einer westdeutschen Regierung mitwirkt und dadurch mithilft, über Westdeutschland ein Kolonialregime auszuüben, darf sich nicht wundern, wenn er vom deutschen Volk als Quisling betrachtet wird.“

(Max Reimann anfänglich seiner Rede im Althoff-Bau zur 30-Jahr-Feier der Gründung der KPD am 31. 12. 1948.)

(Abgeordneter Renner im Parlamentarischen Rat, Bonn, am 7. 1. 1949.)

Wie sie sich irren!

Kreaturen bleiben Kreaturen

Das erste Reagieren auf das Ruhrstatut war ein Aufschrei und das natürliche „Nein“. Das Echo war noch nicht verweht, da kam bereits, wenn auch zögernd, das „Ja“. Der Hauptausschuß des Parlamentarischen Rates in Bonn war geradezu symbolisch dafür. Verspätet bekommen wir Zeitungen aus dem Ausland zu Gesicht. Wie diese sich irren, das ursprüngliche „Nein“ als bare Münze zu nehmen. Es wirkt grotesk, wenn man heute einige Stimmen des Auslands liest. Warum, mag der Leser selbst ermesen.

Die Schweizer „Tat“ schreibt: „Daß verantwortliche deutsche Regierungshäupter die Zivilcourage aufbrachten, eine so offene Sprache zu führen, obwohl sie doch weitgehende Kreaturen der Besatzungsmächte sind und sich jedenfalls ganz in deren Hand befinden, hat in London zu heftigen antideutschen Ausbrüchen geführt.“

Die „Tat“ mag keine Angst haben. Die Kreaturen sind Kreaturen geblieben.

In der Londoner „Times“ nimmt Victor Gollancz zu dem gleichen Thema Stellung. Er gilt als Freund Deutschlands und bricht eine Lanze für die Männer, die gegen das Ruhrstatut — wir können nicht mehr sagen, „stehen“, sondern einige Stunden — standen. Wir erfahren einiges dabei. Victor Gollancz schreibt: „Unter den Kritikern des Ruhrstatuts finden sich Männer, wie Herr Arnold, ein Staatsmann, der in hervorragendem Maße von dem Gedanken der Humanität und dem deutschen Geiste durchdrungen ist... und Herr Böckler, der wiederholt einen Aufstand (!) der Arbeiter gegen die Besatzungsmacht verhindert hat, ein Gewerkschaftler von hohem internationalem Verantwortungsbewußtsein. Sind diese Männer nicht unsere Alliierten und sollen wir das, was sie sagen, nicht im Geiste der Gleichberechtigung und mit Achtung behandeln?“

Abgesehen davon, daß Victor Gollancz eine Lanze dort bricht, wo keine mehr zu brechen ist, denn mittlerweile sehen die, die er anführt, im Ruhrstatut einen „Fortschritt“, ist es interessant, zu erfahren, wie man so einige Politiker und Gewerkschaftler Deutschlands einschätzt. Dr. h. c. Böckler, ein Alliiierter der Alliierten, ist gut. Als Gewerkschaftsvorsitzender der britischen Zone wäre es wahrhaft besser, er wäre ein Alliiierter der Ruhrkämpfer, der Proleten der verschiedensten Industriezweige. Das kann er wohl nicht sein nach diesem Urteil. Und noch eine Frage dabei. Veldheim Schauerroman und welche unsinniger Vorstellung verdankt er sein Verdienst, daß er „wiederholt einen Aufstand der Arbeiter gegen die Besatzungsmacht verhindert hat?“ Für uns sind diese Feststellungen aufschlußreich, denn uns kam es oftmals nicht geheimer vor und wir hatten mehr als einmal das Gefühl, die Besatzungsmächte sehen Gespenster. Daß aber ein Dr. h. c. dabei — natürlich in übertragenem Sinne — einen Orden erhält, kommt uns grotesk vor.

KPD

in selbständiger Politik

In einem ausführlichen Artikel nimmt Max Reimann, der Vorsitzende der KPD, zur Lösung von der Arbeitgemeinschaft SED/KPD Stellung. Darin heißt es u. a.:

Auf der 8. Parteivorstandssitzung, die am 3. Januar 1949 in Düsseldorf tagte, beschloß der Parteivorstand einstimmig die organisatorische Trennung der KPD von der SED. Dieser Beschluß hat bei den Gegnern unserer Partei einiges Aufsehen erregt und zu Spekulationen bei ihnen geführt.

Am 30. März 1948 tagte in Herne die erste Delegiertenkonferenz unserer Partei, auf der beschlossen wurde, für die Partei einen Vorstand zu bilden. Dies geschah, um die Politik der Partei auf Grund der besonderen Lage im Westen einheitlich politisch auszurichten. Ferner beschlossen die Delegierten, den Namen unserer Partei in Sozialistische Volkspartei zu ändern. Dieses wurde uns jedoch von den Militärregierungen bezeichnenderweise verboten.

Schon damals begründete ich diesen Beschluß mit der Feststellung, daß der Kampf um die Einheit Deutschlands, um die Aufrichtung einer neuen demokratischen Ordnung in ganz Deutschland von uns geführt werden muß unter den besonderen Bedingungen der politischen Lage im Westen Deutschlands. Darum war es notwendig, daß zunächst die gesamte Partei im Westen Deutschlands eine einheitliche Führung erhielt. In einer Rede auf der Delegiertenkonferenz am 30. März 1948 sagte ich:

„Klar und nüchtern müssen wir die Lage einschätzen und erkennen, wo wir im Westen Deutschlands stehen, um uns und allen demokratischen friedliebenden Kräften in unserem Volke den Weg freizulegen, damit wir erfolgreicher als bisher den nationalen und sozialen Kampf hier führen können.“

Unterschiedliche Entwicklung

Der neugewählte Parteivorstand erhielt von den Delegierten den Auftrag, eine Analyse der Lage in Deutschland — vor allem aber der Lage im Westen Deutschlands — zu treffen und unserer Partei eine Grundlage für ihre praktische Politik zu geben. Der Parteivorstand hat dies in der Erklärung des Parteivorstandes zur politischen Lage getan. Neben einer gründlichen Untersuchung der Lage im Westen Deutschlands und der Herausarbeitung der Perspektive wurde auch gleichzeitig in dieser Erklärung die unterschiedliche Entwicklung der Ostzone gegenüber den Westzonen herausgearbeitet und demzufolge die entsprechenden Aufgaben für unsere Partei und für die werktätige Bevölkerung festgelegt.

Es ist eine Tatsache, daß die KPD im Westen Deutschlands die einzige Partei ist, die gegen die Londoner Empfehlungen, die die Aufspaltung Deutschlands bedeuten, auftritt, und die Konsequenz fordert, daß die Westmächte die Beschlüsse von Jalta und Potsdam einhalten, die sie zum Aufbau einer demokratischen Entwicklung in Deutschland nach Beendigung des Krieges gemeinsam mit der Sowjetunion faßten.

Wir kämpfen auch als einzige Partei gegen das Besatzungsstatut und gegen das

Im Streiflicht gesehen

Ruhrstatut, welches die Spaltung Deutschlands vollendet, das Ruhrgebiet aus einem gesamtdeutschen Wirtschaftskörper herauslöst und die gesamte westdeutsche Wirtschaft unter die Kontrolle ausländischer Monopolkapitalisten stellt. Gemeinsam mit der SED kämpfen wir gegen das Vorhaben der Westmächte, Deutschland zu spalten und durch das Besatzungsstatut einen Friedensvertrag mit Deutschland zu verhindern sowie die Besatzung zu verewigen. Wir kämpfen gemeinsam mit der SED dagegen, daß Westdeutschland remilitarisiert und in einen kriegerischen Block gegen andere Völker einbezogen wird.

Der praktische Kampf um die Herstellung der Einheit Deutschlands ist im Westen anders zu führen als in der sowjetischen Besatzungszone.

Wie liegen die Dinge im Westen Deutschlands?

Die sozialdemokratische Parteiführung hat es bisher verstanden, die Einheit der Arbeiterklasse zu hintertreiben. Die Volkskongressbewegung für eine gesamtdeutsche Republik ist durch die Militärregierungen auf Anraten ihrer Politiker von der SPD bis zur CDU verboten worden. Aus dieser Lage heraus ergibt sich für unsere Partei und für alle demokratischen Kräfte, die für die Einheit unseres Vaterlandes sind, eine ganz andere Situation im Vergleich zur Ostzone und demzufolge muß unsere praktische Politik auf Grund der hiesigen Verhältnisse im Kampf um die Einheit Deutschlands entwickelt werden. In der Erklärung des Parteivorstandes zur politischen Lage haben wir ganz klar die Auseinanderentwicklung zwischen der Ostzone und den westlichen Besatzungszone aufgezeigt und diese hat sich in den letzten Monaten noch vertieft.

Die Betriebe sind den Konzernherren wieder zurückgegeben worden. Die alten Wehrwirtschaftsführer bestimmen wieder in diesen Betrieben. Hinzu kommt noch, daß durch das Ruhrstatut und das Gesetz 75 ausländisches Kapital in die Industrie zieht und demzufolge diese in die Hände des ausländischen Monopolkapitalismus kommt. Dadurch werden die Arbeiter, Angestellten und Beamten einer doppelten Ausbeutung unterworfen. Auf Grund des Marshallplanes, des Ruhrstatuts und des Besatzungsstatuts wird jede Sozialisierung verboten und darüber hinaus können alle Gesetze, die von deutschen Parlamenten beschlossen werden, durch das Besatzungs- und Ruhrstatut aufgehoben werden. Wir gehen im Westen Deutschlands einem Scheinparlamentarismus, einer Scheindemokratie entgegen. So müssen wir es offen aussprechen, der Westen Deutschlands wird in ein Protektorat verwandelt. Durch dieses Besatzungsstatut wird die Souveränität Deutschlands aufgehoben.

Die Demokratie erst erkämpfen

Aus dieser Lage heraus muß sich, für unsere Partei eine andere praktische Politik entwickeln, als für die SED in der sowjetischen Besatzungszone. Im Westen Deutschlands müssen wir erst im härtesten Kampf die Demokratie erkämpfen. Hierzu ist es aber notwendig, daß wir den Kampf um Lohn, um bessere Arbeitsbedingungen und das Mitbestimmungsrecht der Werktätigen gegen die Teuerung, gegen die Steuern, verbinden mit dem Kampf um die Einheit Deutschlands.

Ich betone noch einmal ausdrücklich, daß im Kampf um die Einheit Deutschlands für eine gesamtdeutsche Regierung, für den Abschluß eines Friedensvertrages und für den Abzug der Besatzungstruppen, daß es im Kampf um die Entmachtung der deutschen kriegsverbrecherischen Konzernherren und Großgrundbesitzer im Westen Deutschlands zwischen uns und der SED keinen Unterschied gibt, sondern daß wir unsere praktische Politik im Westen Deutschlands aus den besonderen Verhältnissen heraus entwickeln müssen, wenn wir den Kampf um die Einheit Deutschlands, um eine neue demokratische Ordnung, in ganz Deutschland siegreich bestehen wollen.

Die drei Großen des Sozialismus

Karl Liebknecht

„Karl Liebknecht auf der Flucht erschossen!“ „Rosa Luxemburg von der Volksmenge erschlagen!“ — so schrieb eine feile Lügenpresse in den Januartagen 1919, nur schlecht verbergend, was sich in Wahrheit zugetragen hatte. Das aber, was in jenen Tagen geschah, war die Krönung einer Mordhetze, zu der die sozialdemokratische Presse am 14. Januar 1919 die Begleitmusik machte.

„Viel hundert Tote in einer Reih' Karl, Rosa, Radek und Kumpanei 's ist keiner dabei 's ist keiner dabei!“

So schrieb der „Vorwärts“ — und am Tage danach waren sie „dabei“. Waren Karl und Rosa die Opfer eines vorsätzlichen bestialischen Doppelmordes. Sie fanden gerade in jenen Kreisen ihre Mörder, deren blutiges Handwerk sie Zeit ihres Lebens bekämpften.

So verschieden Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg auch in geistiger Begabung und Temperament waren, ihr Lebensweg weist doch viele gemeinsame Züge auf. Zwei Eigenschaften zeichneten beide vor allem aus: Konsequenz im Denken, Mut und Opferbereitschaft im Handeln. Als die überragenden Führerpersönlichkeiten der jungen kommunistischen Partei konzentrierte sich gegen sie aller Haß der herrschenden Gewalten, wurden sie in ihrem gemeinsamen Kampf für Demokratie, Sozialismus und Frieden am wütendsten gehetzt und

verfolgt, als manch anderer ihrer Parteifreunde. Wegen seiner Schrift „Militarismus und Antimilitarismus“, die er schon sieben Jahre vor Ausbruch des ersten Weltkrieges veröffentlichte, wurde er zu einjähriger Festung verurteilt. Mutig bot er den Richtern des wilhelminischen Deutschlands die Stirn und erklärte ihnen: „Sie können meine Existenz vernichten und die meiner Kinder, aber nichts wird mich hindern, für mein politisches Programm weiterzukämpfen.“ Und für dieses politische Programm des Friedens und des Sozialismus kämpfte er während des ersten Weltkrieges, als er



von der Tribüne des Reichstages den Kriegshetzern und Burgfriedenspolitikern sein „Nein“ entgegenschleuderte. „Nicht Burgfrieden, sondern Burgkrieg gegen den Feind im eigenen Land“ proklamierte er, damit der Arbeiterbewegung und dem deutschen Volke den Weg aus millionenfachen

Tod weisend. So kämpfte Liebknecht mutig und opferbereit bis zu seinem tragischen Ende.

Rosa Luxemburg

Neben ihm stand seine Kampfgefährtin, die auch im Tode ihm noch Genossin war: Rosa Luxemburg. Kompromißlos und leidenschaftlich wie er, kämpfte sie gegen die Kriegshetzer und das Völkermorden, und ebenso wie ihn, warf man sie für lange Jahre ins Gefängnis. Ein vergeblicher Versuch, ihre Stimme zu ersticken, die auch hinter Kerkern noch um den Frieden kämpfte. Keine Zensur und nicht die strengste Ueberwachung konnte Rosa Luxemburg hindern, Flugblätter und Aufrufe zu schreiben, die dann später in Fabriken zirkulierten und oft sogar bis in die Schützengräben gelangten. Unter dem Namen „Junius“ schrieb sie eine berühmte Streitschrift gegen die kaiserlich-imperialistische Kriegspolitik und ihre Handlanger im sozialistischen Lager. Mag auch manches in dieser Schrift unrichtig gewesen sein, und vieles heute überholt, das anklagende und vernichtende Urteil Rosa Luxemburgs über die bürgerlich-kapitalistische Welt gilt mehr denn je: „Geschändet, entehrt, im Blute wadend, vom Schmutz triefend, — so steht die bürgerliche Gesellschaft da, so ist sie. Nicht, wenn sie geleckt und sittsam Kultur, Philosophie und Ethik, Ordnung, Frieden und Rechtsstaat mimt, als reißende Bestie, als Hexensabbat der Anarchie, als Pesthauch

der Kultur und Menschheit, so zeigt sie sich in ihrer wahren, nackten Gestalt.“

Was Karl Liebknecht sprach, was Rosa Luxemburg schrieb, war Ausdruck der großen Friedenssehnsucht der Völker, war Kampfansage gegen die Mächtigen und doch so Ohnmächtigen dieser Welt. Sie fielen im Kampf, von feigen Mördern erschlagen, doch das Programm, für das sie stritten, lebt.

Lenin

Als Wladimir Iljitsch Lenin am 21. Januar 1924 aus dem Leben schied, verlor die Menschheit einen ihrer größten Söhne. Ihm war es noch vergönnt, den Beginn der Verwirklichung des Programms zu erleben, für welches Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg allzu früh ihr Leben opfern mußten. Sie selbst und mit ihnen die internationale Arbeiterbewegung waren befruchtet von dem Geist und den Taten dieses Giganten, der die theoretischen Erkenntnisse Marx' und Engels' weiter entwickelte und auf die Epoche des Imperialismus, der Epoche der Kriege und der revolutionären Erschütterungen, anwandte. Von seiner unerbittlichen Logik und der Schärfe seines Verstandes bezwungen, konnten sich die treuesten und ehrlichsten Teile der Arbeiterklasse seinen Lehren nicht entziehen und schufen in allen Ländern der Welt kommunistische Parteien, die alle Vorbedingungen besaßen, die zur Verwirklichung des Sozialismus Voraussetzung sind.

Schlicht und bescheiden, durch tausend Fäden mit den Massen eng verbunden, war Lenin der Führer der „untersten“ Schichten der Menschheit im Kampf um ihre Befreiung von der Macht der Kapitalisten und Großgrundbesitzer. Unter seiner Führung trug die sozialistische Oktoberrevolution in der Sowjetunion den Sieg davon, ein Sieg, der von wahrhaft weltgeschichtlicher Bedeutung ist und als Wendepunkt in der Menschheitsgeschichte vermerkt werden muß.

Wie Liebknecht und Luxemburg kämpfte Lenin fest und unerschütterlich für die einmal von ihm als richtig erkannten Prinzipien. So stand er hart und unbeugsam wie sie im schärfsten Gegensatz zu jenen „Auchsozialisten“, die bei Ausbruch des ersten Weltkrieges die Arbeiterbewegung dem Machtinteresse der herrschenden Klasse opferten. In seinem Land verwirklichte er den Beschluß des internationalen Sozialistenkongresses in Stuttgart, vom Jahre 1907, in welchem es hieß:

„Sollte der Krieg dennoch ausbrechen, so ist für dessen rasche Beendigung einzutreten und mit allen Kräften dahin zu streben, die durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche und politische Krise zur Aufrüttelung des Volkes auszunutzen und dadurch die Beseitigung der kapitalistischen Klassenherrschaft zu beschleunigen.“

Als Lenin starb, hielt die Welt den Atem an, und Freund und Feind wußten, daß einer jener ganz Großen für immer dahin gegangen war. Die Spuren aber, die Lenin hinterließ, werden Jahrhunderte überdauern!

Bonn erfüllt nur Vorschriften der Westmächte

Süsterhenn fragt, ob auch alle Vorschriften der Londoner Beschlüsse gewissenhaft erfüllt werden

Von unserem Bonner Sonderkorrespondenten

Es wäre den Abgeordneten des Parlamentarischen Rates sehr viel wohler, wenn die britische Militärregierung nicht auf den Einfall gekommen wäre, den Vorsitzenden der KPD, Abg. Max Reimann vor ein Militärgericht zu stellen, und sie als Persönlichkeiten zu charakterisieren, die durch ihre Verfassungsentwürfe und durch ihre Bereitwilligkeit, an der Ausführung des Ruhrstatuts mitzuarbeiten, der britischen Militärregierung Hilfe geleistet haben oder noch leisten können. Sie vermögen darin — mit gutem Grund — keine Erhöhung ihrer Autorität dem deutschen Volk gegenüber zu erblicken und sind — wiederum mit gutem Grund — der Meinung, daß das seither schon geringe Interesse an dem Bonner Verfassungsentwurf dadurch noch mehr abflauen wird. Kramphadt und mit einem Aufgebot dialektischer Kniffe hatten sie seither die Fiktion aufrechtzuerhalten versucht, daß sie im Auftrage des deutschen Volkes handeln und der „freien Gestaltung seines nationalen Lebens“ dienen, wie sie so pathetisch in der Präambel sagen. Das zieht jetzt nicht mehr. Die Unwahrhaftigkeit dieser Behauptung wurde schon in der Weihnachtskrise des Parlamentarischen Rates aus den eigenen Reihen offenbar, als CDU und SPD sich gegenseitig den Verrat nationaler Interessen vorwarfen. Sie wird immer wieder deutlich, wenn die Verfassungsmacher über einen Punkt ihrer Verfassung Meinungsverschiedenheiten austragen.

Wenn irgend jemand draußen im Lande so harmlos war, den Herren Abgeordneten zu glauben, was sie ihm versichern, dann wird er erwartet haben, daß bei auftretenden Meinungsverschiedenheiten gefragt wird, welche Lösung dient am besten den Interessen des deutschen Volkes. So hätte es auch heute sein müssen, als man sich darüber stritt, wie das Finanzwesen der Länder und des Bundes richtig und im Hinblick auf die wirtschaftlichen und sozialen Fragen, die bei allen Steuergesetzen mitspielen, am besten zu ordnen sind. Es war zu fragen, ist es besser, daß der Bund eine eigene Finanzverwaltung aufrichtet und dann die Finanzverwaltung der Länder miterledigt, oder ist es vorteilhafter, die

Landesfinanzverwaltungen bestehen und durch sie die Steuererhebung für den Bund miterledigen zu lassen. Man hätte auch fragen müssen, welche steuerpolitische Bedeutung dieser Entscheidung zukommt, da doch die Finanzverwaltung die wichtigste und vielleicht die einzig dauerhafte Klammer ist, die den künftigen westdeutschen Staat zusammenhalten und die Separation einzelner Länder erschweren oder verhindern kann. Mitten in dieser Diskussion, die leider nicht staatspolitisch, sondern finanztechnisch geführt wurde, warf Herr Abg. Dr. Süsterhenn, stellvertretender Vorsitzender der CDU-Fraktion und Justiz- und Kultusminister von Rheinland-Pfalz die besorgte Frage auf, ob denn mit diesen Artikeln auch die Vorschriften der Londoner Beschlüsse der sechs Mächte gewissenhaft erfüllt würden. Für die Verfassung sei von den auftraggebenden Mächten ein Rahmen abgesteckt worden und der Parlamentarische Rat müsse sich bei jeder Entscheidung klar sein, ob er sich innerhalb dieses Rahmens bewege. Es sei dem Rat doch deutlich gesagt worden, daß das von den Militärgouverneuren am 22. November überreichte Dokument keineswegs eine private Meinung darstelle, sondern bindende Anweisungen für die Ordnung des Bundesfinanzwesens enthalte. Es müßte sich auf die Einnahmen des Bundes für seine Aufgaben beschränken. Der Parlamentarische Rat setze sich politischen Gefahren aus, wenn er diese Vorschriften der Militärregierung in der Verfassung nicht genau beachte.

Diese Offenherzigkeit und Unterwürfigkeit des Abg. Süsterhenn konnte nicht ohne gebührende Kennzeichnung von kommunistischer Seite bleiben. Der Abg. Renner meldete sich sofort zum Wort und sagte, daß Herr Süsterhenn mit seinen Hinweisen die Katze aus dem Sack gelassen habe. Die Mächte, denen der Parlamentarische Rat seine Existenz verdanke, haben ihm keine Freiheit gegeben, sondern die Entscheidungen in dem Auftrag schon vorweg genommen. In allen Fragen der Verfassung spricht die Militärregierung das entscheidende Wort und wenn die CDU befürchtet, daß diese Entscheidung von der Militärregierung nicht als eine Hilfeleistung betrachtet werden könnte, bemühe sie sich rechtzeitig, deren

Votum einzuholen. Aus dieser Haltung erklären sich die drei Fragen, die Herr Dr. Adenauer vor Weihnachten in Frankfurt an die Militärgouverneure gerichtet hat und da ihm bekannt ist, in welchen Punkten die Auffassung des französischen Gouverneurs von der seiner Kollegen abweicht, wartete er ab, bis General König dort den Vorsitz führte, um seinen Fragen ein besseres Echo zu sichern und die Antwort zu bekommen, die den föderalistischen Interessen der CDU am dienlichsten ist.

Es ist zu fragen und wir fragen nicht zum erstenmal, ob die Parlamentarier in Bonn wirklich noch Anspruch darauf erheben, vom deutschen Volke noch ernst genommen zu werden, wenn sie monatelange Arbeit darauf verwenden, eine Verfassung zu beraten, die in ihren wesentlichen Punkten gar nicht von ihnen zu beschließen, sondern nur in Reinschrift zu bringen ist, da bereits vor ihrem Zusammentritt feststand, was darin zu stehen hat. Diese „Reinschrift“ kostet immerhin bis jetzt den deutschen Steuerzahlern schon vier Millionen DM, von den politischen und wirtschaftlichen Folgen dieser Spaltertätigkeit gar nicht zu sprechen. Diese Folgen kosten die Souveränität des deutschen Volkes und teilen und zerreißen Deutschland auf unübersehbare Zeit.

Pressestimmen

Lippmann fordert weise Beschränkung

Bei der Entscheidung darüber, was wir tun sollen, müssen wir, so glaube ich, damit beginnen, zu erkennen, daß wir den Lauf der Dinge in Asien nicht formen und lenken können. Wir können möglicherweise in der Lage sein, einen nützlichen Einfluß auf die Aufrechterhaltung freundschaftlicher Beziehungen zwischen den westlichen Demokratien und den erwachenden Völkern Asiens ausüben. Doch selbst dies wird schwierig sein. Wenn wir aber versuchen sollten, mehr als dies zu tun, oder wenn wir etwas ganz anderes unternehmen würden, wie z. B. Marionettenregierungen gegen die aufsteigende Flut des Nationalismus und der sozialen Revolutionen zu unterstützen, dann werden wir beinahe mit Sicherheit scheitern und auch noch den Ein-

fluß verlieren, den wir andernfalls noch ausüben können. Walter Lippmann, New York Herald Tribune.

Konkurrenz-Beschwerden

Britische Autofabrikanten beschwerten sich des Öfteren bei der Regierung darüber, daß die deutsche Autoindustrie eine so hohe Produktion erlaubt wird. Als der Direktor des Verbandes der Autofabrikanten und -händler dies ankündigte, sagte er, daß diese Autos, die mit billigen Arbeitskräften hergestellt und, wie man glaubt, zu billigeren Preisen als im Inland im Ausland verkauft werden, eine fürchterliche Gefahr für die britischen Kleinwagen auf den europäischen Märkten werden können. Sie haben schon in der Schweiz in Holland und in Belgien Anklang gefunden. The Times, London.

Von Hitler zu de Gaulle

von Robert Korb

Es gibt heute eine Unmenge von Schriftsteller, die sich von der Untergangsstimmung innerhalb der kapitalistischen Welt getrieben, als Verteidiger des Kapitalismus bemühen, immer neue Rezepte zu seiner Heilung zu entwerfen. Unter ihnen befindet sich auch der ehemalige Chefredakteur des Prager „Sozialdemokrat“, Dr. Emil Franzel, ehemals Theoretiker und Jugendleiter der deutschen Sozialdemokratie in der CSR, später Mitglied des Kameradschaftsbundes (des faschistischen Führerkreises um Henlein) und Begründer der halb-faschistischen Theorie vom „deutschen Sozialismus“ und „Volkssozialismus“. Dr. Franzel ist auch heute noch ein persönlicher Freund von Wenzel Jaksch, dem letzten Vorsitzenden der deutschen Sozialdemokratie in der CSR. Er hat mit Jaksch gemeinsam Beziehungen zu den Kreisen um Otto Strasser. Dieser Dr. Franzel, ein Renegat der Arbeiterbewegung, ist trotz alledem heute ein Berater gewisser rechtssozialistischer Kreise und ebenso gewisser Kreise der CDU, die sich beide um das Schicksal des deutschen Monopolkapitals besondere Sorgen machen. Er hat besondere Verbindungen zu Kreisen der französischen Rechtssozialisten und zu Leuten der englischen Arbeiterpartei. Er selbst hält sich für einen „Unabhängigen“, dem die Aufgabe zufällt, verschiedene Strömungen des Bürgertums und der Rechtssozialisten zu einer neuen Führerschicht quer durch die Parteien hindurch zur Rettung des Kapitalismus zusammenzufassen. Mit seinen Ideen versucht er die Ideologien der CDU ebenso zu befruchten wie die Theoretiker der Schumacher-Partei. Seine Ansichten und Absichten haben daher ein gewisses Interesse.

Dieser Dr. Emil Franzel veröffentlicht nun in der Zeitschrift „Neues Abendland“, Nr. 11, einen Leitartikel mit dem Titel „Europäische Zwischenbilanz“, der nach neuen Wegen zur Rettung des deutschen Kapitalismus Ausschau hält. In der Einleitung

seiner Betrachtungen konstruiert Dr. Franzel ein Schema der Möglichkeiten der künftigen europäischen Entwicklung. Nach diesem Schema besteht die erste Möglichkeit einer „europäischen Lösung“ in einer länger währenden Zerreißung Europas, wobei nach der Meinung Franzels, Berlin trotz aller Versicherungen dem Osten zufallen würde, „weil keine Dauerluftbrücke mit dem Westen aufgebaut werden könne und Berlin nun einmal die Hauptstadt des ostelbischen Deutschlands sei“.

Dr. Franzel ist aber offensichtlich von einer solchen Möglichkeit der Entwicklung, die mit einer unmittelbaren und direkten Herrschaft der Wall Street über Westeuropa und Westdeutschland verbunden ist, wenig entzückt. Nach seiner Meinung würde dabei die westliche Hälfte Europas weder leben noch sterben können. Sie wäre ein bißchen Zuschußgebiet, das von der Wohltätigkeit der Amerikaner leben würde, „niemandem zur Freude, sich selbst zum ewigen Verdruß“. Entscheidend aber sei, daß eine solche Entwicklung die Gefahr in sich berge, daß Europa bolschewistisch werden könnte, und darin besteht nach Dr. Franzel die zweite Möglichkeit der Entwicklung in Europa. Dr. Franzel sucht in diesem Zusammenhang die Kapitalisten zu belehren, daß die Ursache des Kommunismus nicht in der Not und Verelendung der Massen, sondern im Fehlen eines geistigen, moralischen und taktischen Widerstandes zu suchen sei. So hätten sich die Notstandsgebiete Spanien, Italien, Deutschland wegen stärkerer Widerstandskräfte (dies faschistischer Ueberreste) als widerstandsfähiger gegen die kommunistische Ideologie erwiesen, als besser situierte, jedoch anfällige Staaten. Dr. Franzel hält selbstverständlich diese zweite Möglichkeit der Entwicklung Europas für einen „Frieden des Konzentrationslagers und der Kirchhofsruhe“, wobei er die Meinung vertritt, daß ein Krieg zwischen USA und der Sowjetunion kaum wegen Europa entstehen würde, und falls

er eines Tages aus anderen Gründen an einem anderen Teil der Welt ausbräche, so wäre eine amerikanische Invasion in Westeuropa ein schwieriges Beginnen.

Mit dieser Furcht und Warnung vor der Möglichkeit eines demokratischen Sieges in Europa wendet sich Dr. Franzel dann der dritten Möglichkeit, der sogenannten friedlichen Ausweitung des amerikanischen Einflusses zu, der das Gelingen des Marshall-Planes und relativen Wohlstand in Europa zur Voraussetzung habe. Aber auch von dieser Möglichkeit hält Dr. Franzel nicht viel. Erstens glaubt Dr. Franzel nicht an die Wohlthaten des Marshall-Planes und zweitens warnt er die europäischen und deutschen Kapitalisten davor, die „ökonomischen Beweggründe der Politik der USA-Monopole zu überschätzen“. Man solle auch nicht allzuviel Hoffnungen auf Vertreter in Jugoslawien und in der Tschechoslowakei setzen, denn Vertreter gäben noch keine Gewähr für eine Westorientierung der Volksmassen. Außerdem würde eine Rücksichtnahme auf solche Vertreter eine Revision des Potsdamer Abkommens besonders in der Grenzfrage unmöglich machen. Nur eine Aenderung der Deutschlandpolitik, der „deutsche Wiederaufbau und die Festigung der deutschen Demokratie“ (lies Wiedererrichtung des deutschen Kapitalismus) gestatten die Möglichkeit einer verhältnismäßig friedlichen Revision der Potsdamer Beschlüsse.

Diese Möglichkeit könne aber nur dann eintreten, wenn man die vierte Lösung nach dem Schema Dr. Franzels, die offenbar auch der Herzenswunsch seiner kapitalistischen Hintermänner ist, ernsthaft ins Auge fesse. Diese vierte „europäische Lösung“ sieht Dr. Franzel in dem armseligen Rezept Churchill's von den „Vereinigten Staaten Europas“, nur mit dem Unterschied, daß die Initiative dazu nicht von England, sondern von Frankreich auszugehen habe. England werde solange nicht treibende Kraft einer „europäischen Einigung“ sein können, als es Aussicht habe, sein Imperium zu halten und als Seniorpartner der angelsächsischen Weltfirma eine bessere Rolle denn als Vormacht einer europäischen Föderation zu spie-

len. Ein zweites Hindernis einer Vormachtstellung Englands in Europa sieht Dr. Franzel in der Konkurrenz zwischen der Pan-europa-Bewegung und der sozialistischen Internationale.

So wird Dr. Franzel zum Sprecher jener kapitalistischen und rechtssozialistischen Kreise, die unter der Führung der USA den französischen Kapitalisten die Initiative in Europa zuweisen möchten. Man müßte zu diesem Zweck, meint Dr. Franzel, endlich einmal aufhören, die Bewegung de Gaulles als faschistisch zu denunzieren, denn eine „europäische Aufgabe“ Frankreichs könnte nur von einem Regime de Gaulle gelöst werden. Frankreich habe den Schlüssel zu dieser „europäischen Lösung“ in der Hand und Deutschland sei das Schloß. Franzel bejaht in diesem Zusammenhang die Wiederaufrüstung, denn „ein entwaftnetes Deutschland sei eine Einladung für den Gegner aus dem Osten, ganz Deutschland zu besetzen“. Außerdem nehme die Schaffung einer europäischen Armee, in der deutsche Soldaten dienen, der dauernden militärischen Besetzung Westdeutschlands den Charakter einer Fremdherrschaft. Selbstverständlich sei die europäische Initiative Frankreichs mit dem deutschen Föderalismus auf das engste verknüpft, denn „nur der Föderalismus führe zu deutsch-französischen Verständigung, deutscher Zentralismus aber notwendig nach Osten“.

In der französischen Initiative zur Schaffung einer europäischen Verteidigungsarmee, ausgerüstet mit deutschen Kriegsmaschinen, und angefüllt mit deutschen Soldaten, sieht Dr. Franzel sogar das Mittel, einen neuen Krieg zu vermeiden. Er fürchtet den Krieg, denn dieser würde Europa verwüsten und eine Neubesiedlung der Ostgebiete müßte dann mit „Bantunegern und Indochinesen“ erfolgen. Dr. Franzel glaubt aber, daß die „neue europäische Befreiungsarmee“ unter der Führung de Gaulles und unter dem Patronat der Wall Street stark genug sei, den demokratischen Fortschritt aufzuhalten und die Sowjetunion und die Friedenskräfte zu erpressen.

Es wäre natürlich falsch, diese Ansichten und Herzenswünsche Dr. Franzels und seiner kapitalistischen und rechtssozialistischen Hintermänner zu überschätzen. Sie sind ebensoviel und ebensowenig wert wie die Rezepte des Kriegshetzers Churchill. Sie sind aber lehrreich, weil sie die Verwirrung und Ratlosigkeit angesichts der wachsenden kapitalistischen Gegensätze im Lager des Imperialismus deutlich widerspiegeln. Sie sind ferner ein deutliches Eingeständnis der Schwäche der Kriegshetzer und eine indirekte Bestätigung der Stärke der Friedenskräfte mit der Sowjetunion an der Spitze. Alle die bekannten Rezepte zur Rettung des Kapitalismus, wie Kriegshetze, „Vereinigte Staaten von Europa“, die Hoffnungen auf die faschistische de Gaulle-Bewegung, die Spekulationen auf die Wiederaufrüstung und Aufpöpelung des deutschen Kapitalismus erweisen sich als hoffnungslose Quacksalbereien der Kurpfuscher am kapitalistischen Krankenbett. Sie zeigen einerseits, wie schmal die Basis und die Manövrierefähigkeit des Kapitalismus und seiner Verteidiger geworden sind, und wie die Rezepteschreiber aller Schattierungen immer mehr jenen Militärärzten gleichen, die alle Gebrechen mit Aspirin behandeln. Sie zeigen aber auch, wie die wachsenden Gegensätze innerhalb des Kapitalismus seine Verteidiger selbst entzweien und gleichzeitig die tollsten und hoffnungslosesten Abenteuer treiben können, wenn ihnen nicht die geeinte Macht der Friedenskräfte einen Riegel vorschleibt. Es ist nicht von ungefähr, wenn Dr. Franzel eingesteht, daß weder mit noch ohne Krieg Berlin gehalten werden könne und indirekt bestätigt, daß nur die Friedenskräfte mit der Sowjetunion an der Spitze die Einheit und den Wiederaufstieg Deutschlands und damit den Frieden garantieren können, während alle kapitalistischen Rezepte mit der dauernden Spaltung Deutschlands, seiner kolonialen Unterjochung und mit der Gefahr eines neuen Krieges verknüpft sind. Kapitalistische Rezepte nach Dr. Franzel führen in den Untergang, der Weg der demokratischen Kräfte jedoch in die lichte Zukunft.

Wie stehen wir zur Allmendfrage?

Von Willy Grimm

Die Allmendfrage (Bürgernutzen) beschäftigt die Landgemeinden auf das stärkste. Im Für und Wider der Argumentation der sich streitenden sozialen Interessen ist oft nicht mehr zu sehen, um was es sich eigentlich dabei handelt.

Die Allmend ist ein Überbleibsel aus einer mehr als ein Jahrtausend zurückliegenden Gesellschaftsordnung. Sie geht auf die Zeit der urkommunistischen Markverfassung, wo der Boden ungeteilter Besitz aller Markgenossen war, zurück. Bei der Auflösung des Gemeinbesitzes und Übergang in Privatbesitz hat sich ein Stück ungeteilter Mark in Form der Allmend, die weiter allen Dorfbewohnern zur Verfügung stand, erhalten. Die Markverfassung, die abgelöst wurde durch die Feudalordnung, hat ihre Spuren also bis in unsere heutige kapitalistische Gesellschaftsordnung gezogen. In bestimmten Umfange existiert die Allmend heute noch.

Die Allmend (Bürgernutzen) ist aber längst ihres ursprünglichen Charakters, weiter Gemeingut zu sein, beraubt. Sie ist zu einem Privileg der Bürger, meistens des kleineren Teils der Dorfeinwohner, geworden. In einer Gemeinde an der Bergstraße beispielsweise kommen von ungefähr 4000 Einwohnern nur 430 Gemeindeglieder in den Genuß des Bürgernutzens. In keiner Gemeinde unseres Kreises beträgt die Zahl derer, die am Bürgernutzen Anteil hat, mehr als ein Drittel der Einwohnerzahl. Diese Tatsache beweist, daß es sich heute bei dem Bürgernutzen um ein Monopol und Privileg einer Minderheit der Einwohnerschaft der Gemeinden handelt.

Wer in den Genuß des Bürgernutzens kommt, ist durch Gesetz bestimmt. Es existiert eine Erbfolge und die Möglichkeit eines Einkaufs. Einwohner, die im Zuge der Vergrößerung der Gemeinden ansässig wurden, oder die in neuerer Zeit als Flüchtlinge ins Dorf kamen, sind von vornherein vom Bürgernutzen ausgeschlossen. Diese Tatsache gibt der Allmendfrage in der Gegenwart ein Moment höchster sozialer Spannung im Dorf.

Worin besteht der Bürgernutzen? Das Allmendgut ist natürlich in jedem Ort seiner Größe und Zusammensetzung nach verschieden. Es kann aus nur Wald, nur Weide und nur Ackerland oder aus allem zusammen bestehen. Entsprechend ist die Nutzung der Berechtigten. Sie können einen jährlichen Anspruch auf Holz, Benützung von Weiden oder Ackerland haben. Ackerland und Weiden kann in ihrer eigenen Bearbeitung stehen oder verpachtet sein, was ihnen im letzteren Falle dann eine entsprechende Zahlung in Geld einbringt. Die Handhabung unterliegt wegen der Vielfalt der verschiedenen gesetzlichen Regelungen.

Die letzte gesetzliche Regelung der Frage ist in der „Badischen Gemeindeordnung“ vom 15. Oktober 1921 enthalten. Das Kapitel 7 behandelt den Bürgergenuß und umfaßt die §§ 85 bis 94. Die Regelung zeigt bereits die Tendenz des Abbaues der Allmend. Klar geht dies aus dem § 93 hervor, der für Gemeinden über 10 000 Einwohner das Recht des Einkaufs in das Bürgerrecht oder den Antritt des eingeborenen Bürgerrechts nicht mehr gestattet. Die Allmend läuft in diesen Gemeinden mit dem Aussterben der derzeitigen Träger des Bürgernutzens ab. Die freierwerbende Allmend fällt der Gemeinde zu. In diesem Paragraphen ist von ihm betroffenen Gemeinden eingeräumt, den Bürgergenuß durch Gewährung einer Geldrente oder Kapitalabfindung abzulösen. Die Kapitalabfindung darf den zehnfachen Betrag eines Jahresnutzens aber nicht überschreiten.

Wie stehen wir nun zur Allmendfrage? Prinzipiell dürfte es da keinen Zweifel geben. Wir sind dagegen, daß irgendeine Schicht im Dorf ein Privileg hat, das dazu noch die sozial Stärksten in der Mehrzahl der Fälle begünstigt. Wir wissen, daß es in einzelnen Gemeinden auch eine Handhabung gibt, die sozial gerechter ist, beispielsweise, wenn Kleinbauern mit zu wenig Land mittels eines Allmendgrundstückes in die Lage versetzt werden, ihre Anbaufläche zu vergrößern. Es sind dies aber nur seltene Ausnahmen und diese erscheinen unter dem Blick auf die Flüchtlinge noch nicht einmal mehr in jedem Falle vertretbar. Wir streben an, daß die Allmend der Allgemeinheit und in dieser ihrem ärmsten Teil zugute kommt.

Der Streit um die Allmend, wie er heute in einer Reihe Gemeinden (wir denken an Ladenburg und Ladenbach) an der Tagesordnung ist, findet samt und sonders unsere Ablehnung. In diesen Fällen geht es ja nur darum, daß die Nutzungsberechtigten das verpachtete Land in ihre eigene Hand bekommen wollen, weil sie in der Zeit ständiger Ernährungsnot auf eigene Faust aus der Allmend mehr heraus schlagen wollen, als sie bei Verpachtung und Verwaltung durch die Gemeinden erhalten.

Der gesamte Fragenkomplex unterliegt staatlicher Regelung. Die kommunistische Landtagsfraktion übersieht nicht die Notwendigkeit, daß es drängt, ihn im Landtag einer Neuregelung zuzuführen, die das Privileg der Dorfminoritäten aufhebt.

Wie soll nun bei den bestehenden gesetzlichen Bestimmungen bereits heute praktisch verfahren werden? Die Gemeinde Neckarhausen hat unseres Erachtens das beste Beispiel dafür gegeben. Dort wird der Erlös aus der Allmend einem Sozialfonds zugeführt.

Ein Sozialfonds kann den verschiedensten sozialen Zwecken dienen. Er kann der Gemeinde die Mittel geben, um für das Allgemeinwohl Wohnungen zu bauen, ebenso kann damit den Flüchtlingen geholfen werden. Jedenfalls ist bei einer derartigen Verwendung der Mittel, die die Allmend erbringt, dem Gemeinwohl und der sozialen Gerechtigkeit gedient.

Vorstehender Artikel ist entnommen aus „Kommunalepolitische Hinweise“ der Kreisleitung der KPD Mannheim.

Entrechtung eines Fünftels aller Berufstätigen

Worum es beim Beamtengesetz wirklich geht? / Von Robert Leibbrand (M. d. L.)

Vor vier Wochen hat der württembergisch-badische Landtag seine 100. Sitzung und zugleich sein zweijähriges Bestehen gefeiert. Landtagspräsident, Ministerpräsident und Direktor der Militärregierung haben viel große und schöne Worte gesprochen über die Bedeutung der Volksvertretung im demokratischen Staat. Aber um die Jahreswende wußte kein Mensch genau, wer nun eigentlich die hundert Volksvertreter sind. Bei etwa vierzig Beamten, Angestellten und Arbeitern des öffentlichen Dienstes war er zweifelhaft, ob sie noch Abgeordnete waren oder nicht mehr? Nun hat endlich die Militärregierung gesprochen: Vorläufig sind die Mandate gerettet, aber schon morgen kann es wieder anders sein. Kommunisten sind auf alle Fälle nicht betroffen. Wenn wir vom Parteilegitimus ausgehen, brauchte uns die ganze Aufregung nicht zu kümmern. Aber es geht ja nicht um die Abgeordnetenmandate der Beamten, das ist nur eine nebensächliche Teilfrage. Es geht um die Stellung aller Beamten, Angestellten und Arbeiter des öffentlichen Dienstes im politischen Leben überhaupt, und hier ist nach wie vor die größte Wachsamkeit notwendig. Art. 21 des württembergisch-badischen Beamtengesetzes sagt: „Die politische Betätigung des Beamten bleibt auf die Ausübung seines Wahlrechts und auf die passive Mitgliedschaft bei einer politischen Partei beschränkt.“ Nach Art. 10 und 11 gilt diese Bestimmung für alle Beamten, Angestellten und Arbeiter des öffentlichen Dienstes, nicht nur für die des Staates, sondern auch für die der Kreise, der Gemeinden, der Krankenkassen und Sozialversicherung. Noch strittig,

aber sehr wahrscheinlich ist, — es ist eine Auslegungssache, an der die Rechtsgelehrten noch herumdeuteln werden — daß die Bestimmung auch für alle Beamten, Angestellten und Arbeiter der Bahn und der Post gilt. Das bedeutet, daß zum Beispiel ein städtischer Arbeiter keine Funktion in einer politischen Partei ausüben und nicht aktiv und öffentlich für seine politische Überzeugung eintreten darf. Es ist fast ein Fünftel aller Lohn- und Gehaltsempfänger, für die durch dieses Beamtengesetz eine staatsrechtliche Sonderstellung geschaffen wird.

Das Beamtengesetz ist auf Befehl der Militärregierung im November 1946 erlassen worden, wenige Tage vor dem Zusammentreten des neu gewählten Landtages und vor dem Inkrafttreten der württembergisch-badischen Verfassung. In dieser steht der demokratische Grundsatz der politischen Gleichberechtigung aller Staatsbürger. Noch ehe die Druckerschwärze, mit der er gedruckt ist, getrocknet war, wurde er durch das Beamtengesetz schon durchbrochen. Um die Gemüter zu beschwichtigen, wurde damals die Bestimmung des Artikels 21 bis Ende 1948 ausgesetzt. Den Beschluß des Landtages, diese Aufhebung über den 31. Dezember 1948 hinaus zu verlängern, hat die Militärregierung erst nach langem Hängen und Würgen passieren lassen, und nur bis zu einer einheitlichen Regelung für die ganze amerikanische Besatzungszone. Die betreffende Bestimmung ist bezeichnenderweise nicht enthalten in den Beamtengesetzen von Bayern und Hessen, die dort und zum gleichen Zeitpunkt von der Militärregierung befohlen worden sind. Auch in

den USA ist der Kreis der in ihrer politischen Betätigung beschränkten Beamten viel enger gezogen, als im württembergisch-badischen Beamtengesetz. Jetzt ist man mit Hochdruck dabei, das Ausnahmerecht für alle Beamten, Angestellten und Arbeiter des öffentlichen Dienstes und der ganzen Zone zum Gesetz zu machen.

Dafür sollen wir nach E. Sch. in der „Stuttgarter Zeitung“ den Amerikanern auch noch dankbar sein, weil wir dadurch angeblich von der Bevormundung durch die Bürokratie befreit werden. E. Sch. erinnert daran, daß es nach dem ersten Weltkrieg versäumt wurde, zusammen mit den fürstlichen Potentaten auch ihre Diener und ausführenden Organe, die Beamten alten Schlags, zum Teufel zu jagen. Das ist sehr wahr, aber es ist nur die halbe Wahrheit. Die ganze Wahrheit — und E. Sch. kennt sie aus seiner besseren Vergangenheit sehr gut — ist es, daß es gerade das Gerede von dem angeblich unpolitischen und unparteilichen Beamtentum (so überparteilich und unabhängig wie die Lizenzpresse) war, mit dessen Hilfe sich die monarchistischen Beamten in ihren Posten gehalten haben. Und heute tarnen sich hinter dem angeblich „unpolitischen“ Beamtentum die treuen Diener und willigen Werkzeuge der Naziherrschaft, die natürlich alle nur gezwungen und um ihres Amtes willen in die NSDAP eingetreten sind.

Genau so reaktionär, wie das „unpolitische“ Beamtentum, wirkt sich auch der von E. Sch. und allen bürgerlichen Politikern so sehr gelobte Grundsatz der „sauberen Trennung von Gesetzgebung und Verwaltung“ aus. Er bedeutet auf gut deutsch, daß die

Abgeordneten das Recht haben zu reden, und die Bürokraten das Recht haben, zu handeln. Und da nun einmal in einer bürgerlichen Demokratie die Wahl der Abgeordneten für den einfachen Staatsbürger die einzigste oder doch die wichtigste Möglichkeit ist, sein Mitbestimmungsrecht in allen öffentlichen Angelegenheiten wahrzunehmen, so bedeutet dieses famose System, daß das Volk keinerlei tatsächlichen Einfluß auf die Staatsgeschäfte hat. Der Landtag darf Gesetze machen — so weit es die Militärregierung erlaubt, — wie diese Gesetze durchgeführt werden, das bestimmt allein die Bürokratie. Nur ein Beispiel von vielen: Der Landtag hat nach der Währungsreform beschlossen, daß keine Neueinstellung von Staatsbeamten erfolgen dürfe und in dem Falle hatte er seiner Zustimmung die große Mehrheit der Wähler, die einen Abbau des aufgeblähten Beamtenapparates wollen. Aber monatlich laufen beim Befehlungsministerium hunderte von Anträgen ein, in denen Amtsstellen ehemaligen Nazi-Beamten bescheinigen, daß diese ihre alte Beamtenstellung wieder bekommen, sobald sie vom Minderbelasteten zum Mittläufer begnadigt sind. Die Bürokratie weiß sich eben stark genug, gegen alle Landtagsbeschlüsse Neueinstellungen von Beamten durchzusetzen. Ein hoher Ministerialbeamter hat bei diesem famosen System der Gewaltenteilung weit mehr Einfluß im Staat, als ein gewählter Landtagsabgeordneter. Er braucht das Mandat gar nicht, er hat durch sein Amt viele andere Möglichkeiten, für seine reaktionären Auffassungen zu wirken, auch ohne daß er das Mitgliedsbuch der CDU oder DVP in der Tasche hat. Auch die „Stuttgarter Zeitung“ wird seine — natürlich rein fachliche und überparteiliche — Meinung zu irgend einem öffentlichen Problem hundertmal eher abdrucken, als etwa die Stellungnahme eines kommunistischen Landtagsabgeordneten. Aber der kleine Eisenbahnschaffner oder städtische Angestellte hat keine andere Möglichkeit, für seine politische Überzeugung zu wirken, als daß er sich einer politischen Partei anschließt und aktiv für sie arbeitet.

Jede Sonderstellung für die Angehörigen des öffentlichen Dienstes, ob es eine Benachteiligung oder eine Bevorzugung ist, verstärkt ihre standesmäßige Abgeschlossenheit von der übrigen Bevölkerung und macht es dem Volk unmöglich, Einfluß und Mitbestimmungsrecht im Regierens- und Verwaltungsapparat zu erlangen. Gerade weil wir die Allmacht der Bürokratie brechen wollen, kämpfen wir Kommunisten gegen jedes Sonderrecht für die Beamten. Die „Stuttgarter Zeitung“ verdreht die Wahrheit, wenn sie behauptet, „die Parteien haben sich um das Beamtengesetz einfach nicht gekümmert.“ Ja, die Westblockparteien von der CDU bis zur SPD, denen war es nur um ihre Mandate, aber nicht um die politische Gleichberechtigung eines Fünftels aller Berufstätigen zu tun. Sie wollten es mit der Militärregierung nicht verderben und glaubten, sie könnten sich durchmogeln, wenn sie das heiße Eisen nicht anfäßen. Aber die Kommunistische Partei hat im Landtag immer wieder die Schaffung eines neuen Beamtengesetzes gefordert, das den Verfassungsbestimmungen entspricht. Doch die „Stuttgarter Zeitung“, die ein Monopol auf die Unterrichtung der Öffentlichkeit besitzt, hat die Forderung der kommunistischen Landtagsabgeordneten entweder ganz verschwiegen, oder mit einem halben Satz abgetan. Die Patent-Demokraten in Lizenzpresse und Radio sollen die Bevölkerung ausführlich und objektiv über das Auftreten der Parteien im Landtag informieren, dann hat der Wähler die Möglichkeit, sich eine eigene Meinung über seine Vertreter zu bilden und bei der nächsten Wahl seine Konsequenzen daraus zu ziehen. Damit ist der Befreiung des Volkes von der bürokratischen Bevormundung gedient, aber nicht mit der Schaffung eines Sonderrechts für alle öffentlichen Bediensteten. Die Koalitionsparteien werden sich dabei beruhigen, daß die Gefahr für die Mandate vorläufig abgewendet ist. Aber die Öffentlichkeit muß sich jetzt erst recht gegen die viel ernstere Gefahr wenden, gegen die immer weiter um sich greifende Durchlöcherung der demokratischen Rechte.

„Eßt Kuchen, wenn Ihr kein Brot habt!“

Gefährdete Brotversorgung, aber „legalisierten“ Schwarzhandel mit Backwaren

Der Ausspruch einer französischen Prinzessin angesichts der Rufe der hungernden Bevölkerung nach Brot: „Warum essen denn die Leute keinen Kuchen, wenn sie kein Brot haben?“ kommt einem unwillkürlich in den Sinn, wenn man täglich lesen und in den letzten Tagen praktisch erleben muß, daß die Kürzung der Brotration der einzige Ausweg der Frankfurter Hungerpolitiker ist, den Anschluß an die neue Ernte nicht zu verlieren.

In den letzten Tagen mangelte es vielen Bäckereien in Mannheim an nötigen Mehl zum Brotbacken. Man lauert bei den Ernährungsbehörden in Frankfurt auf die Zustimmung der Militärregierung zur Kürzung der Brotration, um sich damit selbst von der Verantwortung seiner eigenen Wirtschaftssünden zu drücken.

Wer aber auf Geld nicht zu sehen braucht, der kann Torten, Kuchen, Berliner Pfannkuchen usw. kaufen, teils ohne Marken, aber gegen den doppelten oder noch höheren Preis. Es ist dies nicht etwa eine Sache, die sich in geheimen Klubs oder unter der Theke abspielt. Nein, diese Leckerbissen kann man in Kaffees, Konditoreien und Erfrischungsräumen der Warenhäuser, mit der vorgeschriebenen Preisauszeichnung versehen, kaufen und genießen.

Es muß daran sehr gut verdient werden, denn die Schaufenster sind damit gefüllt. Was das Schlimmste ist: Man kann sie mit und ohne Marken erwerben. Ohne bedeutet natürlich, daß sie entsprechend teurer sind. Ein Berliner Pfannkuchen, der früher doppelt so groß und mit Marmelade gefüllt 10 Pfennig kostete, kostet 40 und 50 Pfennig, wenn man nur Weißbrotmarken abgibt; aber für 20 Pfennig kann man die gleichen Pfannkuchen bekommen bei Abgabe von Fett- und Zuckermarken (und 100 Gramm Weißbrotmarken).

Auf Anfrage wird erklärt, daß man für die ohne Fett- und Zuckermarken abgegebenen die Zutaten schwarz kaufen müsse. Man darf sich doch wohl die Frage erlauben: „Wird dieser offizielle Schwarzhandel von der Preisbehörde geduldet oder gar protegiert?“ Es kann nicht anders sein, denn es geschieht doch unter den Augen der Preisbehörde. Die Waren sind sogar nach Vorschrift ausgezeichnet: Ohne Zucker- und Fettmarken 40 Pfg., mit Zucker- und Fettmarken 20 und 30 Pfg. das Stück!

Wer also 40 Pfg. nicht aufwenden kann, gibt Zucker und Fett ab, damit die DMarkkräftigen ohne Frage können.

Eine andere Frage, die wir hiermit an das Amt für öffentliche Ordnung mit der Bitte um baldige Beantwortung richten, ist die: Kann die Preisbehörde nicht gegen Gewerbetreibende einschreiten, die ganz offen Schwarzhandelsgeschäfte treiben? Vielleicht betrachtet die Preisüberwachung den Verkauf von in Fett oder Öl gebackenen und gezeichneten Backwaren ohne Fett- und Zuckermarken gar nicht als Schwarzhandel? In diesem Falle bitten wir um eine amtliche Deklaration solcher Geschäftsführung, damit wir nicht Schwarzhändler als Schwarzhändler bezeichnen, die nach amtlicher Auffassung gar keine sind.

30 Jahre KPD Mannheim
Gedenkfeiern
Freitag, den 21. Januar 1949, abends 19 Uhr, im Rosengarten.
Redner: Willy Grimm
Heidelberg
Samstag, den 22. Januar 1949, 15 Uhr, im „Schwarzen Schiff“ (Brückenkopfst.)
Redner: Robert Leibbrand, M. d. L., Stuttgart.

Der Kläger zum dritten Male abgewiesen

Rhein. Hoch- und Tiefbau A.-G. braucht keinen Lohn für Sklavenarbeit in Polen an jüdische Arbeiter nachbezahlen

In die Zeit der schrankenlosen Ausbeutung ausländischer Arbeitskräfte führte eine Verhandlung des Landesarbeitsgerichts, die am 14. Januar in Mannheim stattfand, zurück. Die Firma „Rheinische Hoch- und Tiefbau AG.“ Mannheim, hatte auf ihren Baustellen in Krakau während dieser glorreichen Zeit auch zahlreiche Juden beschäftigt. Den Juden wurde ab 15. Dezember 1942 kein Lohn mehr ausbezahlt. Die Firma sollte auf Grund eines Befehls des SS- und Polizeiführers Krakau pro jüdische Arbeitskraft 5 Zloty an die SS abliefern, wovon 0,4 Zloty Verwaltungs- und 1,2 Zloty für evtl. Verpflegungskosten abgezogen werden konnten.

Einer der geprellten jüdischen Arbeiter verlangte nun von der Rheinischen Hoch- und Tiefbau-AG. den nicht ausbezahlten Lohn. Er wurde jedoch sowohl vom Arbeitsgericht als auch vom Landesarbeitsgericht als Berufungsinstanz abgewiesen. Die Militärregierung hat diese Urteile aufgehoben, so daß das Landesarbeitsgericht sich nochmals mit der Sache befassen mußte. Die beklagte Firma machte geltend, daß sie unter Zwang der SS die Löhne nicht ausbezahlen konnte; der Vertreter des Klägers, daß der SS-Befehl völkerrechtswidrig

und deshalb ungültig sei. Darüber hinaus beantragte er die Ladung von Zeugen, die beweisen sollten, daß die Behandlung der Juden auf der Baustelle unmenschlich war. Die Firma habe durch die Duldung der Unmenschlichkeit gezeigt, daß sie mit den Zwangsmaßnahmen der SS im Grunde einig ging.

Das Gericht lehnte jedoch die Ladung solcher Zeugen als unerheblich für die zu treffende Entscheidung ab. Tatsache ist aber, daß die Behandlung der jüdischen Arbeitskräfte in dieser Firma während des Krieges in ihrer Unmenschlichkeit nicht zurückstand, hinter den aus den verschiedenen KZ bekannten Greueln der SS gegenüber den Häftlingen im Allgemeinen und der Juden im Besonderen. Tatsache ist, daß Verantwortliche für diese Unmenschlichkeiten heute noch bei dieser Firma in angesehenen Stellungen arbeiten. Der Vorsitzende des Landesarbeitsgerichts war sichtlich bemüht, den ablehnenden Standpunkt des Gerichtes gegenüber der Klage durch entsprechende „Lenkung“ der Zeuenausagen (es waren nur Entlastungszeugen der Firma anwesend) zu untermauern. Er sah sich in seiner Auffassung bestärkt durch die Ur-

teile des Nürnberger Gerichtshofes in den Industrieprozessen. (Flickerteil.) Die Tatsache, daß die Firma Rheinbau die Arbeit in Polen in freien Verhandlungen übernommen hat, daß sie ferner an die SS nicht 4,5, wie in dem Befehl des SS-Führers verlangt worden war, sondern 6 und mehr Zloty bezahlt hat, erschied dem Gericht nicht von besonderem Belang. Was die Fa. an den jüdischen Arbeitskräften verdient hat, deren Lohn an sich schon um 20 Prozent niedriger war als der Lohn der übrigen Fremdarbeiter, das zu ergründen hat das Arbeitsgericht begrifflicherweise erst gar nicht versucht. Das Urteil entsprach dem Prozeßverlauf. Der Kläger wurde nun zum dritten Male mit seiner Klage abgewiesen.

Ergebnislose Lohnverhandlungen im Speditionsgewerbe

Die Lohnverhandlungen zwischen Gewerkschaftsvertretern und den Speditionsunternehmern in der vergangenen Woche in Stuttgart endeten ohne Ergebnis. Von den Gewerkschaften war eine Lohnhöhung an der Spitze von 20 Pfennig für die Stunde gefordert worden. Bei den hohen Lebenshaltungskosten wahrhaftig keine übertriebene Forderung. Trotzdem verfiel die Forderung der strikten Ablehnung durch die Unternehmer. „Großzügig“ erklärte man sich bereit, die zur Zeit gültigen Tariflöhne weiter zahlen zu wollen, trotzdem bereits die „Tendenz fallender Preise“ wahrgenommen werde.

Bei den Verhandlungen im Speditionsgewerbe, die die Gewerkschaften führen, ist auffallend, daß immer wieder der Mannheimer Spediteur Reichert Hauptsprecher in der Ablehnung jeder Arbeiterforderung ist.

Eine dankenswerte Einrichtung Frauenausschuß des ADGB eröffnet Nähstube

Der Frauenausschuß des Mannheimer Gewerkschaftsbundes hat eine begrüßenswerte Einrichtung geschaffen. In U 1, 20 hat er eine Nähstube eröffnet, in der alle Gewerkschaftler zu einem billigen Preis arbeiten lassen können. Besonders für berufstätige Frauen und alleinstehende Männer dürfte die Einrichtung eine Wohltat sein.

In der Nähstube sind vorerst drei Schneiderinnen beschäftigt. Sie nehmen nicht nur Reparaturarbeiten, sondern auch Neuanfertigungen in Auftrag. Die Preisberechnung erfolgt ohne Gewinn und nur auf der Grundlage einer Vergütung der Geschäftskosten.

Die Nähstube ist zur Entgegennahme von Aufträgen von Dienstag bis Freitag von 9 bis 12 Uhr geöffnet.

Geringe Sühne für „große Taten“

Ladenburger Judenaktion vor Gericht

Unter Ladenburgs ehemaligen Nazi-Bonzen hätte sich in den letzten Wochen eine starke Unruhe bemerkbar gemacht. Seit drei Jahren befaßte sich die Staatsanwaltschaft schon mit den Akten der Ladenburger Judenaktion vom 10. November 1938 und nun sollte die Sache vor der Strafkammer in Mannheim verhandelt werden. Da die Bürger von Ladenburg bei der Judenaktion in keiner Weise den Großstädtern nachgestanden hatten, bestand in jenen Kreisen mit Recht die Angst vor der Vergeltung. Die Verhandlung wurde für den 5. Januar 1949 anberaumt. Sieben Angeklagte saßen mehr oder weniger „gebrochen“ auf dem „Armensünderbänkechen“ und harrierten auf die Dinge die kommen sollten.

In menschlich-humaner Weise eröffnete der Vorsitzende Dr. Silberstein die Verhandlung.

„Ein reines Gewissen ist das beste Ruhekitzen“ sagten sich wohl die Angeklagten Reffert, ehemaliger Hauptsturmführer und Schnabel, ehemaliger Stammführer der H. J. Sie gaben beide, wenn auch mit manchen schönen Wort umschrieben, vollkommen ihre Schuld und Beteiligung an der Aktion zu. Wesentlich anders verhielt

es sich bei den übrigen Angeklagten. Mit entschuldigenden oder leugnenden Worten wendeten sie sich durch die Verhandlung. Besonders fällt dabei der Angeklagte Feßler auf, der sich als absolutes „Unschuldslamm“ hinstellt. Feßler ist ehemaliger Obersturmführer der S. A. und seit 1930 Mitglied der Nazi-Partei. Er gibt an, überal nur dabei gestanden zu haben. Der Vorsitzende meinte, Feßler ist einer jener Menschen, die man schlechthin als Schlappack und Charakterlump bezeichnet und die darauf hoffen, daß alles noch einmal anders komme.

Ein wirklich trauriges Bild ergaben die Zeugen. Sie wurden nicht verurteilt, da bei dem größten Teil der Verdacht bestand, selbst an den Ausschreitungen teilgenommen zu haben.

Die Angeklagten Reffert und Feßler wurden zu je ein Jahr und neun Monaten Gefängnis verurteilt, die Angeklagten Schnabel, Weiß, Wolf und Thiemer erhielten Gefängnisstrafen zwischen sieben und fünf Monaten. Zwei Angeklagte, darunter der ehemalige Bürgermeister und Ortsgruppenleiter von Ladenburg wurden mangelnder Beweise freigesprochen. k.w.

Meine Meinung

Die unter dieser Rubrik veröffentlichten Einsendungen unserer Leser decken sich nicht in jedem Falle mit der Auffassung der Redaktion

Auch ein Heimkehrerproblem

Das Kriegsgefangenengeschrei in Westdeutschland ist deswegen nur ein Rummel und politisches Manöver, weil nirgends Anzeichen sind, die eine Hilfe für die Heimkehrer in Erscheinung treten lassen. Solange sie noch Kriegsgefangene sind, sind sie ein Objekt zur Beschworung „tiefempfundenes Mitgefühl“, der politischen Entrüstung, „unerschöpflichen Heimatdankes“. Wenn der vielgesegnete Kriegsgefangene aber als Heimkehrer kommt und der bürokratische Machtapparat seine Anforderungen an ihn stellt, dann merkt er nichts mehr vom Heimatdank.

Folgendes Vorkommnis möge die vorgenannten Tatsachen erhellen und darüber hinaus die Verworfenheit unseres verrotten System aufzeigen. Der Heimkehrer W. K. bemüht sich um sein Kopfgeld. Nachdem er mit seinen Papieren eine Stunde in der Zentralbank in Karlsruhe gestanden hat, stellt sich heraus, daß doch noch eine Unterlage fehlt. Anderntags ist auch das beschafft und er steht wieder eine Stunde. Alles in Ordnung, aber zum Umtausch braucht er 60 RM (Altgeld). Am 9. Dezember ist er heimgekehrt und verfügt über kein Altgeld. Was tun? „Sehen Sie zu, daß Sie irgendwo welches bekommen.“ Und siehe da! Tüchtige Geschäftsleute stehen vor der früheren Reichsbank und für fünf DM kauft der junge Mann 60 RM, bekommt am Schalter der Bank nach nochmaligen Ansehen dann seine 60 DM Kopfgeld. Unzählige Wege haben sie zu machen, oft bis ein Paar Schuhe durchgelaufen ist. Hier könnte die glorreiche Mehrheitsregierung SPD und CDU in Karlsruhe positives Mitgefühl für unsere Kriegsgefangenen realisieren, indem sie wenigstens einmal diese Heimkehrfrage löst. B., Karlsruhe.

Was ist eine Arbeiterzeitung

Von Bernhard Shaw

Bernhard Shaw nahm das Erscheinen des kommunistischen „Daily Worker“ in London in seinem neuen Gewand als große, in einer eigenen Arbeiterdruckerei erscheinende Tageszeitung zum Anlaß, um diese einzige Arbeiterzeitung Englands zu begrüßen. Dem von sprühendem Witz funkelnden Aufsatz entnehmen wir folgende Sätze:

„Was ist eine Arbeiterzeitung?“ Jede Zeitung behauptet heutzutage, die wahren Interessen der Arbeitenden zu vertreten. Wollte man ihren Betsuerungen und Phrasen glauben, so wären unsere Redakteure, wie übrigens auch unsere Staatsmänner, ein Bund von Brüdern, die ein Traum, eine Vision, ein Ziel verbindet: Das Glück und das Wohl der Menschheit. Wunderbar, nicht wahr? Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen. Ein dreifaches Hurra!

Was nützen aber all die Intelligenzfunktionen, wenn all diese Zeitungen und alle diese Staatsmänner dauernd erklären, daß der Kommunismus eine Teufelslehre sei und Rußland der Universalfeind der Menschheit? Sie sind doch nicht alle so idiotisch, die Zeit der Schlagbäume, Zollbrücken und privater Leibwachen gegen Taschendiebe und Räuber, die Zeit der fackelbeleuchteten Straßen zurückzuzuwünschen...

Sie wissen einfach nicht, was das Wort Kommunismus eigentlich bedeutet und werfen es ihrem Gegner an den Kopf, wie streitsüchtige Vorstädter tote Katzen einander über den Gartenzaun werfen. Ein Mensch, der nicht im Grunde Kommunist ist, ist kein zivilisierter Mensch. Für eine wirkliche Arbeiterzeitung stellt sich das derzeitige Ringen als ein Kampf zwischen Plutokratie und Demokratie dar. Für Wahlzwecke werden diese Begriffe allerdings in „Freiheit“ auf der einen und „Bürokratie“ auf der anderen Seite verflücht.

Eine der toten Katzen nennt sich „totalitäres Regime“ und eine andere „Polizistaat“, eine dritte „Verteidigung gegen die russische Aggression“. Die harte Tatsache ist aber, daß alle diese toten Katzen von unserer Seite über den Zaun geworfen werden.

Wir rüsten bis an die Zähne und lenken unsere Arbeitskraft von der produktiven Industrie, um der Welt die Plutokratie (wir nennen sie Demokratie) aufzuzwingen im Gegensatz zur offenbaren russischen Sowjetdemokratie.

Mir wird dauernd erzählt, daß ich in Rußland erschossen werden würde, wenn ich es wagen sollte, ein Wort gegen die Regierung zu äußern. Ich habe es aber erlebt, daß meine Äußerungen von der englischen Presse Jahre hindurch boykottiert wurden, während die Tageszeitungen jeden Unsinn respektvoll wiedergaben, wenn er nur in plutokratischem Sinn gehalten war...

Mißwirtschaft mit Staatsgeldern?

Karlsruher Finanzverwaltung „verschwendet“

Das Karlsruher Blatt „SAZ“ stellt in einem Artikel, „Staatsgelder für komfortable Privatwohnungen“ an die Finanzverwaltung von Nordbaden in Karlsruhe folgende Fragen: 1. Welche Verdienste hat sich Ingenieur L. als Kraftfahrer hoher badischer Beamter erworben, daß ihm ein dem Staat gehörendes Haus mit staatlichen Mitteln auf- bzw. ausgebaut wird. 2. Ist das Bezirkswohnungsamt (Karlsruhe) darüber unterrichtet worden, in welcher großzügiger Weise von anderer staatlicher Seite in diesem Falle ein Haus für eine einzige Familie als Wohnung vergeben wird? 3. Wie rechtfertigt die Abteilung Finanzen der Landesverwaltung die Ausgabe von 35.000.- D-Mark für solche Zwecke angesichts der Tatsache, daß der Staat angeblich allenthalben vor leeren Kassen steht und mit aus diesem Grund zum „Kulturpfenniggesetz“ greifen muß?

Aus dem Artikel erfahren wir, daß es sich bei dem fraglichen Haus um eines der beschädigten Häuser am Ostflügel des Karlsruher Schlosses handelt, das jenem Ingenieur L. so großzügig zur Verfügung gestellt und dazu auf Staatskosten noch ausgebaut wurde. Die Zeitung vermutet, sicherlich nicht zu Unrecht, einige fragwürdige Manipulationen als Hintergrund der Geschichte. Wir glauben das auch, denn es kommt zu der ungläublichen Finanzierung noch hinzu, daß dieser L. mit seiner Familie das zweistöckige Haus für sich allein zur Verfügung hat. An der Beantwortung der durch die „SAZ“ gestellten Fragen an die Finanzverwaltung, der das Bauwesen bei der Landesverwaltung untersteht, hat die Öffentlichkeit ein großes Interesse.

„Das Strafmaß muß im Rahmen bleiben“

Unversehens war die 36jährige Maria B. unter die Räder der Justiz geraten. In sehr ärmlichen Verhältnissen lebend, gezwungen mit ihrem geringen Verdienst ein Kind zu ernähren und die Mutter mit zu unterstützen, war sie auf eine recht dumme Art mit den Gesetzen in Konflikt gekommen. Ein alter Bekannte von ihr, der arbeitslose Metzger H., glaubte wohl durch Schwarzschlachten am ehesten zu Geld zu kommen. B., die jahrelang als Bedienstete in einer Wirtschaft tätig war, vermittelte dem Metzger auf dessen Ersuchen zwei Käufer für zwei schwarzgeschlachtete Tiere. Verdient hat sie bei der Sache, abgesehen von etwa 6-8 Pfund Fleisch, „die ihrer kranken Mutter auch gut tun würden“, nichts bei diesem Geschäft.

Gerade seit der Währungsreform wird wohl mehr schwarz geschlachtet als je. Mit Recht wurde in der Öffentlichkeit kritisiert, daß unsere Behörden gegen dieses Unwesen viel zu lau vorgehen. Aber man muß schon sagen, unsere Justiz kann auch hinlangeln, wenn sie einmal derartige Verbrecher am Konthaken hat, ganz besonders aber dann, wenn es sich um kleine Sünder aus den ärmsten Kreisen handelt, wie im vorliegenden Falle. Das Mannheimer Schöffengericht hatte obengenannte Maria B. zu 9 Monaten Gefängnis und zu zweimal je 150 M. Geldstrafe verurteilt. Auf die eingelegte Berufung mußte sich das Landgericht Mannheim noch einmal mit dem Fall befassen.

Die Verhandlung erbrachte den Beweis, daß Maria B. sich nicht der Mittäterschaft

Die Legende um den Nazigeneral Rommel

Einige abfällige Bemerkungen in den jetzt in deutscher Uebersetzung veröffentlichten Memoiren General Eisenhowers über General Rommel haben die deutsche Volksseele der ewigen Rekruten zum Kochen gebracht. In Zuschriften an die Redaktion jener englisch kontrollierten in Deutschland erscheinenden Zeitung, die Eisenhowers Memoiren veröffentlicht, empören sie sich über die angebliche Beleidigung „unseres General Rommel“. Wir würden den Abdruck dieser Verherrlichung eines Nazigenerals in einer in Deutschland verbreiteten Zeitung als ein Beispiel dieser kuriosen „Erziehung zur Demokratie und Entmilitarisierung“ registrieren, wüßten wir nicht, daß die Legende vom genialen General Rommel heute noch von vielen Tausenden geglaubt und weiterverbreitet wird. Es ist nötig sie zu widerlegen. Diese Legende hat viele Kapitel. Da ist

1. Das Märchen vom genialen Afrika-Strategen

Es hat seine Nahrung nicht nur aus der systematischen Goebbelspropaganda bezogen, sondern wurde zudem noch durch alliierte Äußerungen gestützt. Wie es Boxer und Ringkämpfer lieben, die Stärke des niedrigeren Gegners zu übertreiben, um den eigenen Sieg umso glänzender erscheinen zu lassen, wurde auch von englischer Seite Rommels Feldherrngenie übertrieben.

In Wahrheit hat Rommel in Afrika keinerlei über dem Durchschnitt liegende strategische Leistungen gezeigt. Der Krieg wurde von beiden Seiten nach denselben Grundsätzen des Bewegungskrieges geführt. Dabei gab es auf beiden Seiten gewonnene und verlorene Gefechte, im ganzen gesehen war Rommel aber der Verlierer. Der deutsch-englische Afrika-Krieg bestand aus zwei Aktionen, dem Vormarsch bis in das ägyptische Grenzgebiet und die Zurückschlagung der deutschen Truppen nach Tripolitanien vom März 1941 bis Anfang Januar 1942, und die zweite Ende Januar 1942 beginnende Aktion mit ihrem Vorstoß bei El Alamein in Ägypten und der Zurücktreibung, die dann in die endgültige Vernichtung der deutsch-italienischen Afrikatruppen überging. Bei Aktionen sind von Rommel eindeutig Verlorene worden. 1941 war der deutsche Vormarsch das Nachstoßen hinter einer ungeschlagenen, planmäßig zurückgehenden Truppe, wobei die englischen Verluste an Menschen und Material relativ gering waren. Der deutsche Rückmarsch jedoch war eine richtige Flucht, mit den dabei unvermeidlichen gewaltigen Verlusten nahezu des gesamten an der Front eingesetzten Kriegsmaterials und der Aufreibung des größten Teils der kämpfenden Truppe. Die

ganze Schwäche der Strategie Rommels offenbarte sich in seiner Unfähigkeit, das monatlang belagerte, nur feldmäßig befestigte Tobruk zu nehmen. Beim zweiten deutschen Vorstoß waren die englischen Verluste größer. Aber auch hier erwies sich die englische Strategie in der erfolgreichen Verteidigung der entscheidenden Stellung vor dem Nil bei El Alamein und der Kattarsenke der Kriegskunst Rommels überlegen.

Daß selbst deutsche Teilnehmer der Rückzugskatastrophen auf der nordafrikanischen Wüstenstraße unter den ständigen vernichtenden Luftangriffen, noch heute das Lied vom „Genie“ Rommel singen ist nur eine bewußte Selbsttäuschung. Sie identifizieren sich mit ihrem Kriegsgott und wollen die eigene Niederlage nicht zugeben, obgleich ihnen noch heute der Angstschweiß bei der Erinnerung die angebliebenen Siege in Gefechten, z. B. der sogenannten Panzerschlacht am Halfajapaß, die gemessen an den Schlachten im Osten kleine Gefechte ohne Bedeutung waren, die in keinem Heeresbericht erwähnt worden wären. Allen Verherrlichern Rommels oder irgend eines anderen Nazigenerals muß das unwiderlegbare Wort Clausewitz entgegenhalten:

„Bei der absoluten Gestalt des Krieges, wo alles aus notwendigen Gründen geschieht, alles rasch ineinandergreift, ... gibt es wegen der vielfältigen Wechselwirkungen, die der Krieg in sich schließt, wegen des Zusammenhanges, in welchem streng genommen die ganze Reihe der aufeinanderfolgenden Gefechte steht, ... gibt es nur einen Erfolg, nämlich den „Enderfolg“.

Und von diesem Grundsatz der Kriegswissenschaft aus betrachtet steht nun einmal fest, daß Hitlers Armeen und seine Generale am Ende in Afrika wie in Europa gottschämmerlich Prügel bezogen haben. Darüber täuschen keine Ritterkreuze und keine Brillanten hinweg, die Hitler selbst geschlagenen Generalen noch um den Hals gehängt hat.

2. Das Märchen vom „Soldatenvater“ Rommel

In der Rommel-Legende wird heute mit zunehmender Stärke die Lüge von der Liebe verbreitet, die zwischen Rommel und seinen Soldaten bestanden habe. Das Gegenteil ist

Schafzucht mit Radio und Flugzeug

„Schwarze Erde“ — so heißt die Halbwüste in der Kaspischen Ebene, wohin die Hirten im Winter die Schaf- und Viehherden treiben. Hier finden die Tiere unter der dünnen Schneeschicht grünes Futter und auch das Klima ist hier milder als in anderen Gebieten. Und doch kann es passieren, daß ein Schneesturm hereinbricht, der Frost den Boden mit einer harten Eisschicht überzieht, die kein Tierfuß durchschlagen kann. Hält dieses Wetter Tage und Wochen an, so gehen die Tiere zugrunde. So war es früher.

Und jetzt: Was Tolstschko führt die erste Schafherde der Budjony-Kollektivwirtschaft, 23 weitere Herden folgen in kurzen Abständen. 300 Kilometer müssen sie bewältigen, um ihr Winterlager auf der „Schwarzen Erde“ zu erreichen. Hier hat die Kollektivwirtschaft ein Gut eingerichtet, hier wird im Sommer Heu gemäht, um auf alle Fälle vorzusorgen. Für das Vieh werden bei Schneestürmen Schutzschirme aufgestellt. Für die Hirten gibt es auf dem Gut einen Laden, in dem sie alles kaufen können, Speisesaal, Gemeinschaftsraum mit Radio und Bibliothek, Waschküche, Schmiede und einen Raum für den Tier-

arzt, in dem er erkrankte Tiere untersuchen und behandeln kann. Wenn sich bei Sturm eine Herde verläuft, wird durch den Kurzwellen-Sender die Stadt benachrichtigt, die ein Suchflugzeug ausschießt und durch Radio die Hirten über Aufenthalt der Herde benachrichtigt. Im April kehren die Herden satt, mit prächtiger Wolle wieder in die Kollektivwirtschaften zurück. Auf einer Fläche von 40000 ha dehnen sich die Ländereien der Budjony-Kollektivwirtschaften aus. Weizen, Roggen, Hafer wächst auf den Feldern, auch Melonen, Gurken und Baumwolle. Doch ist das Vieh ihr größter Stolz: 18.000 Schafe, 2000 Kühe zählen sie in ihren Herden. 68 Tonne Schafwolle lieferten sie in diesem Jahr dem Staat ab. 3/4 Millionen Rubel zahlte ihnen dieser für ihre abgelieferten landwirtschaftlichen Erzeugnisse. Nachdem die Kollektivbauern für ihre fleißige Arbeit ihre Anteile ausbezahlt bekamen, konnte die Kollektivwirtschaft noch einen Klub, ein Erholungsheim am See aufbauen, alle Bauernhäuser mit elektrischem Licht, Strom und Rundfunkgeräten versehen.

3. Der „Widerstandskämpfer“ Rommel Es soll hier nicht die Geschichte des erzwungenen Selbstmordes Rommels im Anschluß an den 20. Juli geschildert werden. Die Rolle des „Führer“ bis zum Selbstmord Ergeben, in die sich Rommel hinein drängen ließ, war alles andere als heldenhaft. Aber selbst einer Teilnahme an der Verschwörung des 20. Juli unterstellt, steht ihr gegenüber, daß er vorher, nicht nur des Teufels General in Afrika und Frankreich war, sondern in dieser Rolle genau so brutal Todesurteile gegen „Defa-

isten“ vollstrecken ließ, wie andere Nazi-Generale auch.

In manchem Wüstengrab modern die Gebeine nicht vom Feinde, sondern von deutschen Hinrichtungskommandos Erschossener. Umso schlimmer für Rommel, wenn er nicht an die Naziphrasen glaubte, als er diese Todesurteile bestätigte. Daß Rommel dann schließlich durch Selbstmord Hitlers Kriegspolitik unterstützte, statt durch einen mannhaften Widerstand den Verbrecher zu entlarven, beweist, daß er selbst am Ende des Krieges Hitler und seiner Generalsclique näherstand als den wirklichen Widerstandskämpfern.

Die Rommel-Legende in ihren verschiedenen Variationen spielt in der geistigen Remilitarisierung Deutschlands heute dieselbe Rolle wie das Märchen vom „im Felde unbeseigten“ deutschen Heere nach dem ersten Weltkrieg. Es kann ihr darum nicht energisch genug entgegengetreten werden. Das deutsche Volk muß endlich begreifen, daß geschlagene Generale nicht nachträglich in Sieger umgelogen werden können.

Vom Minderbelasteten zum Mitläufer

Der bekannte Mannheimer Großindustrielle und Großgrundbesitzer Dr. Fritz Reuther, während des Nazismus Handelskammerpräsident in Mannheim und Betriebsführer des NS-Musterbetriebes Popp und Reuther, wurde „auf dem Verwaltungswege“ unter Aufhebung des Urteils der Spruchkammer, das ihn als Minderbelasteten einstuft, in die Gruppe der Mitläufer eingereiht. Anstelle der über ihn verhängten Sühneleistung von 20.000 DM braucht der Millionär Dr. Fritz Reuther nunmehr nur noch 2000 DM zu bezahlen.

KPD schließt Gewerkschaftssekretär aus

Das Landessekretariat der KPD Württemberg-Baden hat in seiner letzten Sitzung den Gewerkschaftssekretär Karl Deck, Karlsruhe, auf Antrag des Kreises Karlsruhe wegen parteischädigenden Verhaltens aus der Partei ausgeschlossen. Karl Deck hat als einer der verantwortlichen Gewerkschaftssekretäre Karlsruhes in letzter Zeit seine Pflichten in unverantwortlicher Weise vernachlässigt. Die Warnungen der Partei, seine Gewerkschaftsarbeit so auszuüben, daß die Gewerkschaftler keinen Grund zur Mißbilligung haben, wurden von ihm mißachtet, Versprechungen, sich zu ändern, nicht gehalten.

Das Landessekretariat der KPD hält es für untragbar, daß Karl Deck in einer Arbeiterorganisation eine führende Stellung einnimmt. Es ist der Auffassung, daß für Karl Deck heilsam wäre, wieder zurück in einen Betrieb zu kommen, damit er die Schwere des Existenzkampfes der Arbeiter wieder am eigenen Leibe zu spüren bekommt.

Sport-Glossen

Ein Fußballfreund, der in Dover am Rande eines Sportfeldes vorbeisah, sah plötzlich etwas Schwarzes auf sich fliegen. „Ein Fußball!“ dachte er und köpfte ihn. Er mußte gleich darauf mit einem schweren Schädelbruch in das nächste Krankenhaus transportiert werden. Er köpfte keinen Fußball, sondern die Eisenkugel eines Kugelstoßers.

Der Fußballsport hat wohl die meisten fanatischen Verehrer. Wie versessen ein Mensch auf diesen Sport sein kann, zeigt folgender Vorfall in Hamm. Ein alter Fußballfreund, der schon seit über zwanzig Jahren jedes Spiel seines Vereins besucht, erlitt auf einem Sportplatz einen Schlaganfall. Nachdem er vorübergehend bewußtlos gewesen war, wurde er noch einmal wieder wach, fragte: „Wie steht das Spiel, haben wir gewonnen?“ und starb dann.

Gelder für komfortable Privatwohnungen

schuldig gemacht hat. Mit Recht wies der Verteidiger darauf hin, daß das Strafmaß im Rahmen bleiben muß und man allzu leicht geneigt ist, aus der Nazizeit her Monate oder Jahre Gefängnis als Bagatelle anzusehen. Das Landgericht ermäßigte das erstinstanzliche Urteil auf 3 Monate, indem es nur Beihilfe zum Verbrechen gegen die Kriegswirtschaftsverordnung annahm.

Massenversammlung in Karlsruhe-Daxlanden

Dz. Schon lange vor Beginn war am vergangenen Samstagabend der große Saal im „Lamm“ in Daxlanden überfüllt. 450 Menschen drängten sich Kopf an Kopf und Hunderte mußten umkehren, weil sie keinen Platz mehr fanden. Gen. Willi Opel kam nach 13jähriger Zuchthaus- und KZ-Haft und anschließender Kriegsgefangenschaft zurück und berichtete von seinen Erlebnissen in den Folterstätten des 3. Reiches, der teuflischen Verwendung der Gegner des Naziregimes in der Division Dirlewanger und seinen Erfahrungen in russischer Kriegsgefangenschaft. Als einfacher Mensch stand er vor der Menge und berichtete in schlichten Worten von den Scheußlichkeiten der SS-Banditen in Dachau und Flossenbürg. In manches Auge der Zuhörer traten Tränen, auf vielen Gesichtern las man die Erkenntnis, dieser Mensch lügt nicht, erzählt keine Greuelmärchen, das spürte jeder und viele Versammlungsteilnehmer sind nachdenklich nach Hause gegangen und haben vor ihrem geistigen Auge die barbarische Vergangenheit des 3. Reiches vorziehen lassen, nicht ohne sich selbst zu sagen, daß auch ihr Schweigen zu allen diesen Dingen oder gar ihre, wenn auch nur geringe Unterstützung mit dazu beitrug, Hitler, Himmler und Göring Vorschub zu leisten.

Im Anschluß an die sachlichen Ausführungen von Gen. Opel sprach Stadtrat Dietz über die inländische und ausländische Verleumdungskampagne, wegen der sich noch in russischer Kriegsgefangenschaft befindlichen deutschen Kriegsgefangenen.

Die Ortsgruppe Daxlanden kann mit dieser Veranstaltung einen großen Erfolg buchen. Vor 1933 war dieser Karlsruher Vorort als rote Hochburg bekannt. Er steht im Begriff, es wieder zu werden.

Wir gratulieren!

Unser 76jähriger Genosse Wilhelm Hunsinger, seit über 50 Jahren in der Arbeiterbewegung aktiv tätig. Mitbegründer der alten Sozialdemokratie in der Pfalz, und seine Frau feierten am 17. Januar ihr goldenes Ehejubiläum, wozu die Redaktion des Volksechos und der Kreisvorstand der KP auf das Herzlichste gratulieren.

Ortsausschuß des ADSB Mannheim

Im Rahmen der Betriebsräteschulung zur Vorbereitung auf das Mitbestimmungsrecht spricht am Montag, dem 24. Januar 1948, um 19.30 Uhr, im oberen Saal der Wirtschaftshochschule (Lessingschule) Dr. Mohr über „Die Entwicklungstufen der Volkswirtschaft und volklichen Lehrmeinungen“.

Süddeutsche Oberliga

SV Waldhof — Schweinfurt 05	0:0
VfB Stuttgart — BC Augsburg	4:3
Bayern München — Ulm 46	1:3
1. FC Nürnberg — Eintracht Frankfurt 1:1	
Schwaben Augsburg — Stuttg. Kickers ausgef.	
FSV Frankfurt — VfB Mühlburg	abgebr.

Wie schwankend die Leistungen aller Vereine, mit Ausnahme der Offenbacher Kickers, sind, bewies die sensationelle Niederlage der Münchener Bayern auf eigenem Platz gegen den Tabellenletzten Ulm. Am Vorrundentag siegten die Bayern gegen den VfR Mannheim überlegen mit 7:0 und waren gerade durch diesen Sieg im Treffen gegen Ulm haushoher Favorit. Zum großen Leidwesen der Tipper aber kam es anders. Waldhof spielte gegen Schweinfurt überlegen, ohne aber zu Toren zu kommen, so daß die Schweinfurter einen wertvollen Punkt entführen konnten. Der 1. FC Nürnberg zeigte sich weiterhin in schwacher Form und konnte gegen Eintracht Frankfurt nur ein mageres 1:1 erzielen. Daß die Vereine am Tabellenende sich verzweifelt um eine Verbesserung ihres Tabellenstandes wehren, mußte der VfB Stuttgart erkennen, als er dem BC Augsburg nur mit Glück beide Punkte abnehmen konnte. 1900 — Kickers Schwaben Augsburg — Stuttgarter Kickers und FSV Frankfurt — Mühlburg fielen den schlechten Bodenverhältnissen zum Opfer.

Der kommende Sonntag bringt nun den Beginn der Rückrunde. Waldhof empfängt den BC Augsburg, eine Mannschaft, die den Waldhöfern schon schwer zu schaffen machte. Trotzdem rechnen wir endlich wieder mit einem Waldhofsieg. Der VfR Mannheim muß nach Nürnberg zum Club. Dieser Gang in die Höhle des Löwen hat etwas an Gefährlichkeit verloren, so daß man dem VfR schon einige Chancen einräumen kann. In München steigt der Schlager 1900 — Kickers Offenbach. Die erste Niederlage wäre eigentlich schon längst fällig. Vielleicht gelingt 1800 der große Wurf. In den übrigen Spielen Schweinfurt 05 — Bayern München, Stuttgarter Kickers — FSV Frankfurt, Schwaben Augsburg — VfB Stuttgart, Eintracht Frankfurt — Mühlburg, Rödelheim — Ulm 46 kann man den Platzbesitzern etwas bessere Chancen geben.

Badische Landesliga

Feudenheim — ASV Durlach 2:0, Friedrichsfeld — Schwenzingen ausgef., Viernheim — Brötzingen 1:1, VfR Pforzheim — VfL Neckarau ausgef., Phönix Karlsruhe — Rohrbach 3:2, Kniglingen — 1. FC Pforzheim 0:1.

Sportecho

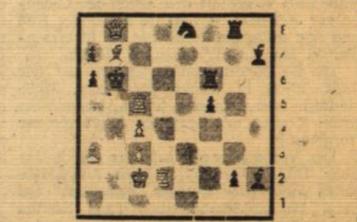
Daß in Feudenheim die Punkte hoch hängen, mußte der Spitzenreiter ASV Durlach erkennen. Feudenheim gewann verdient mit 2:0 und leitete dem VfL Neckarau damit wertvolle Schrittmacherdienste. Die anderen Spiele brachten keine besonderen Überraschungen.

Schach

Knacken Sie gerne Schachnüsse?

Wenn die Zeitung kommt, liest der Vater zuerst den Börsenbericht, die Mutter: „Was gib's in der nächsten Dekade.“, Onkel Richard: den politischen Teil, Tante Eulalia: die Familiennachrichten, die Tochter Melanie: „Was die Mode bringt?“ und der Sohn Theophil: die Schachspalte. — Der Vater findet es unbegreiflich, was so eine Schachspalte auch anziehend machen könnte: lauter Ziffern und Zahlen! Dem Theophil andererseits will es absolut nicht in den Kopf hinein, wieso ausgerechnet ein Börsenbericht interessant sein könnte: lauter Ziffern und Zahlen! Also auch hier: „zwei Welten!“

J. A. Schiffmann, „Brisbane Sports Referee“ 1928. Erster Preis.



Matt in zwei Zügen!

In der Schachspalte des „Intelligenzblattes“ stand ein Zweizüger von Schiffmann, und Theophil hatte ihn auf seinem Schachbrett aufgestellt. Dieses Problem hatte es ihm angefallen, besonders die sieben Schwarzen auf der rechten Bretthälfte. Er grübelte schon einige Minuten, doch die Lösung wollte ihm nicht glücken. War er denn heute schachblind? Er wollte schon das „Teufelszeug“ wütembrannt an die Wand werfen — da kam ihm blitzartig die Erleuchtung, ein Gedanke von nur 1/2 Se-

kunden Dauer, doch das Gefühl: das ist die Lösung! wurde ihm zur Gewißheit! Er betagte abwechselnd die weißen und die schwarzen Steine auf dem Brett und mit fliegenden Pulsen notierte er nun die Lösung auf ein Blatt Papier. — Es ist ein stolzes Gefühl, ein schwieriges Problem gemeistert zu haben! Es ist vielleicht mit dem erhabenen Gefühl vergleichbar, das einst Rudolf Diesel besaß, als sein neuartiger Motor zum ersten Male lief. Ungeduldige Versuche hatte er in jahrelanger rastloser Arbeit angestellt, oft wollte er an dem Gelingen seines Werkes verzweifeln. Immer neue Hindernisse stellten sich ihm in den Weg, nicht zuletzt aus finanzieller Natur. Doch sein Genie brach sich endlich Bahn. Seine Berechnungen erwiesen sich als richtig und allen Skeptikern und allen Anfeindungen zum Trotz hatte er mit eiserner Beharrlichkeit sein Ziel verfolgt und erreicht. Und als Frucht dieser Arbeit schenkte er der Menschheit den Robilmotor mit dem Einspritzverfahren, den Dieselmotor. Mußte sein häßliches Brummen keine Sphärenmusik sein für sein Ohr, für seine Seele, als dieser Motor zum ersten Male lief?

Fragen Sie einen Schachspieler, ob er es je bereut hat, das schöne Spiel gelernt zu haben! Fragen Sie einen Problemisten, warum er trotz manchen Fehlschlägen immer wieder sein Brett hervorholt und löst!

„Treubruch der Liebe — alltäglich! Treubruch im Schach — unmöglich!“ (K. Euler)

Mit diesem kleinen Poem wollen wir unsere Betrachtungen beschließen, doch — fast hätten wir es ja vergessen: wie sah denn die Lösung aus, die Freund Theophil, das Lösergenie, notierte?

Mit freundlicher Erlaubnis des Verlags brachten wir eine kleine Leseprobe aus dem soeben erschienenen Buch „SCHACHPROBLEME“ von E. Ramin. Verlag SCHACHWELT/Stuttgart W., Reinsburgstraße 178. TZ-Seiten mit 28 Diagrammen.

Herausgeber: KPD Nordbaden, Mannheim, S. 3, 18. Verantwortl. für den Inhalt: Willy Grimm, Mannheim, S. 3, 10. Telef. 432 09. — Druck: Mannheimer Großdruckerei, Mannheim, R. 1, 4-6. — Vertriebe: Nordbadische Zeitungsvertriebs-G.m.b.H., Mannheim, S. 3, 18. Mit Genehmigung der Nachrichtenkontrollabteilung für Württemberg-Baden. — Auflage: 25.000.